

Für die Unabhängige Kommission Antiziganismus

Fallstudien zu Antiziganismus in Europa:

1. Zur Wirksamkeit internationaler Schutzmechanismen und Perspektiven für Rom:nja in einer Konflikt- und Post-Konfliktsituation: Rom:nja, Aschkali:ke und Ägypter:innen im Kosovo
2. Verortung der Konsequenzen von Antiziganismus am Beispiel der COVID 19-Pandemie und deren Auswirkung auf Rom:nja in Europa

Autorin: Mag.a Mirjam Karoly, Wien 14. März 2021

Inhalt

Einleitung.....	3
Zusammenfassung und Schlussfolgerungen	5
Hintergrund: Rom:nja im Kontext internationaler Menschenrechtsarbeit	13
Fallstudie 1: Zur Wirksamkeit internationaler Schutzmechanismen und Perspektiven für Rom:nja in einer Konflikt- und Post-Konfliktsituation: Rom:nja, Aschkali:ke und Ägypter:innen im Kosovo.....	17
Flucht und Vertreibung von Rom:nja, Ashkali:ke und Ägypter:innen im Kosovo Konflikt.....	18
Diskriminierung vertriebener Rom:nja, Aschkali:ke und Ägypter:innen beim Rückkehr- und Reintegrationsprozess im Kosovo	20
<i>Fallbeispiel Mitrovica/Mitrovicë : Humanitäre Flüchtlingskrise im Kosovo</i>	23
<i>Fallbeispiel Rudesh/Rudeš: Rückführungsinitiative der Gemeinde für Kosovo-Ägypter:innen wird von der Etablierung der Schutzzone um Kulturgüter durchkreuzt</i>	25
<i>Rückführung von Kosovo-Rom:nja, Aschkali:ke und Ägypter:innen: Beispiel Deutschland</i>	27
Wirtschaftliche, soziale und politische Integration nach dem Konflikt 1999.....	32
Fallstudie 2: Die Auswirkungen von COVID-19 und Maßnahmen zur Bekämpfung der Pandemie auf Rom:nja in Europa.....	36
Antiziganismus als Barriere für soziale Inklusion der Rom:nja in Europa	36
„COVID-19 und die Maßnahmen zur Bekämpfung der Pandemie haben wie ein Brennglas die Konsequenzen von Antiziganismus sichtbar gemacht“	38
Verwendete Literatur	48

Einleitung

Rom:nja¹ sind in nahezu allen Ländern Europas beheimatet. Obzwar es ein gemeinsames Narrativ gibt, was das Schicksal geprägt von jahrhundertelanger Vertreibung, Verfolgung, Marginalisierung und Ausgrenzung betrifft, sind Rom:nja in Europa eine heterogene Gemeinschaft. Sie repräsentieren eine Vielzahl unterschiedlicher Romani-Gruppen, die auch durch unterschiedliche Sprachvarianten, kulturelle und religiöse Praktiken geprägt sind. Als Bürger:innen ihrer Heimatländer sind sie – wie alle anderen Menschen auch – beeinflusst von den regionalen (urbanen oder ruralen), politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Rahmenbedingungen. An die sechs Mio. Rom:nja leben in der Europäischen Union, europaweit wird die Anzahl auf 10-12 Mio. Angehörige geschätzt. Diskriminierung und Rassismus gegenüber Rom:nja ist in allen Ländern dokumentiert, wobei Rom:nja oft Mehrfachdiskriminierung ausgesetzt sind aufgrund ihrer sozialen Stellung, ethnischen Herkunft und Geschlechtes.

Seit der politischen Wende in den ehemals kommunistischen Ländern Ende der 1980er Jahre wird die Situation von Rom:nja zunehmend in die politische Arbeit von internationalen Organisationen und Europäischen Institutionen einbezogen. Dabei werden Standards erarbeitet und Maßnahmen gesetzt, die Nationalstaaten dazu anhalten sollen, den Romani-Bürger:innen gleiche Rechte und Chancen zu garantieren und den virulenten Rassismus sowie Diskriminierung zu bekämpfen. Im Zuge dieser Entwicklungen verpflichteten sich die Regierungen vor allem, Verbesserungen der Lage der Rom:nja in den Schlüsselbereichen Bildung, Arbeit, Wohnen und Gesundheit zu verwirklichen.

Das Investment an technischen und finanziellen Ressourcen der vergangenen zwei Dekaden brachte aber bisher nicht den gewünschten Erfolg. Die Zivilgesellschaft und Romani-Vertreter:innen pochen seit einiger Zeit darauf, dass der vorherrschende Antiziganismus, der sich in allen Lebensbereichen in individueller Diskriminierung und institutionellem sowie strukturellem Rassismus manifestiert, vorrangig bekämpft werden muss, um nachhaltige Veränderungen zu erzielen.

Das vorliegende Positionspapier illustriert am Beispiel von zwei Fallstudien die Auswirkungen von Antiziganismus auf die Lebensrealität von Rom:nja. Am Beispiel der Vertreibung und des Umgangs mit den Kosovo-Rom:nja, -Aschkali:ke und -Ägypter:innen im und nach dem Konflikt von 1999 wird das Versagen der internationalen Gemeinschaft aufgezeigt, diesen Minderheiten im Kosovo ausreichend Schutz vor Übergriffen und Vertreibung zu garantieren, aber auch die Diskriminierung von kosovarischen Roma:nja-, Aschkali:ke- und Ägypter:innen-Flüchtlingen im lokalen und europäischen Kontext. Bis heute gibt es für jene, die im Zuge der etablierten Politik zur Rückübernahme (Readmission) von Flüchtlingen in den Kosovo zurückgeführt werden, keine Perspektive für eine wirtschaftliche und soziale Integration.

¹ Im folgenden Text wird Rom:nja als Überbegriff für die unterschiedlichen Romani- Gruppen in Europa verwendet (Rom:nja, Sinti:zze, Manuschnja, Kali:ja, Boyasch:a, Traveller u.a.). Wenn sich der Text im speziellen auf eine Gruppe bezieht, wird dies angeführt. Für Kosovo werden die drei anerkannten Minderheiten Kosovo Rom:nja, Aschkali:ke und Ägypter:innen explizit angeführt. Rom, mask., sg; Roma, mask.pl; Romni, fem., sg. Romnja, fem.pl.

Im zweiten Fallbeispiel schärft die breitere Betrachtung der Lage der Rom:nja in Europa im Zusammenhang mit den Auswirkungen der COVID-19-Pandemie und der Maßnahmen zu ihrer Bekämpfung den Blick auf das Ineinandergreifen der Mechanismen von Ausschluss, Rassismus und Diskriminierung, die der Verwirklichung von gleichen Rechten und Chancen entgegenwirken.

Das Papier möchte dabei eine Bestandsaufnahme leisten und damit aktuelle Herausforderungen, die durch Antiziganismus bedingt sind, sichtbar machen. Nachhaltige Inklusion bzw. Verwirklichung von gleichen Rechten und Möglichkeiten für Rom:nja in Europa kann nur Erfolg haben, wenn spezifische antiziganistische Vorurteile, Diskriminierung und Rassismus gegen Rom:nja auch als solche erkannt und aktiv sowie konsequent bekämpft werden.

Die Ausarbeitung der Fallstudien beruht auf vorhandener Literatur und auf vier Experteninterviews: Stephan Müller, externer Berater, Zentralrat Deutscher Sinti und Roma; Isabela Mihalache, ERGO, Dora Husz, DG. Justice, Europäische Kommission und Isak Skenderi, Leiter der Organisation Voice of Roma, Aschkali and Ägypter in Pristinë/Priština, Kosovo. In den Jahren 2007 – 2009 war die Autorin als Beraterin für Minderheitenfragen für die OSZE-Mission im Kosovo tätig, die lokale Einblicke in die Situation der Rom:nja, Aschkali:ke und Ägypter:innen ermöglichte. Für den Bericht wurden unveröffentlichte, persönliche Notizen aus der Feldarbeit der Autorin im Kosovo (im Zeitraum von Juni 2007 bis Juli 2009) herangezogen.

Zusammenfassung und Schlussfolgerungen

In den letzten 30 Jahren kam es zu einem Paradigmenwechsel im Umgang mit Rom:nja in Europa. Virulente Diskriminierung, Rassismus und Hasskriminalität sowie Exklusion und Marginalisierung von Rom:nja in Europa führten zur verstärkten Aufmerksamkeit der internationalen Gemeinschaft und zur Entwicklung von Politik-Standards, die sich an Prinzipien der Entwicklungsarbeit und zunehmend an der Verwirklichung von Menschenrechten orientierten.

Die internationale Gemeinschaft, europäische Institutionen, etliche Regierungen und vor allem auch eine zunehmend stärker werdende Rom:nja- und Pro-Rom:nja-Zivilgesellschaft haben sehr viele Ressourcen in die Verwirklichung gleicher Rechte und Chancen für Rom:nja investiert. Zuletzt wurde 2011 mit dem EU-Rahmen für Nationale Roma-Inklusions-Strategien bis 2020 die Anstrengung unternommen, den EU-Mitgliedsländern, aber auch den Ländern am westlichen Balkan, Führung, Expertise und finanzielle Mittel zur Verfügung zu stellen, um insbesondere Rom:nja in den Elends- und Armutssiedlungen in Europa gleiche Rechte und Möglichkeiten zu garantieren.

Die Erfolge des Investments sind jedoch ausständig. Die Gründe dafür sind vielfältig: mangelnder politischer Wille auf nationaler und lokaler Ebene, mangelnde finanzielle Investitionen für langfristige und nachhaltige politische Maßnahmen, fehlende Partizipation von Betroffenen sowie direkte und indirekte Diskriminierung und Rassismus auf individueller, institutioneller und struktureller Ebene.

In Europa sind Rom:nja nach wie vor von massiver Armut betroffen und in allen Bereichen des Lebens benachteiligt. Dies zeigt sich in stabilen Demokratien als auch in kriegerischen Auseinandersetzungen, in wirtschaftlichen Krisen und post-Konflikt Regionen.

Die beiden Fallbeispiele – die Situation von Rom:nja, Aschkali:ke und Ägypter:innen in und nach dem Kosovo-Konflikt 1999 sowie die Betrachtung der Auswirkungen der COVID-19-Pandemie auf Rom:nja in Europa – zeigen deutlich, dass Krisen die Vulnerabilität von Rom:nja verschärfen, u.a. auch weil sie Rassismus oder bestehende Ausschluss- und Diskriminierungsmechanismen verfestigen. Zudem können bestehende Vorurteilmuster gegen Rom:nja schnell reaktiviert werden, um breite Ablehnung zu mobilisieren und Verhaltensweisen oder diskriminierende und antiziganistische Praktiken zu legitimieren.

Der Konflikt im Kosovo und seine Folgen hat die Vulnerabilität, die tiefen gesellschaftlichen Ressentiments gegen Rom:nja, Ashkali:ke und Ägypter:innen und auch Praktiken von Rassismus und Diskriminierung von Rom:nja verstärkt und sichtbar gemacht, gleichzeitig aber auch das Versagen der internationalen Gemeinschaft aufgezeigt, Rom:nja, Aschkali:ke und Ägypter:innen zu schützen und gleiche Rechte und Möglichkeiten zu garantieren. Dies betrifft einerseits die Vertreibung von über 100.000 Rom:nja, Aschkali:ke und Ägypter:innen, aber auch den Wiederaufbau sowie den Rückkehr- und Reintegrationsprozess von geflüchteten Kosovo-Rom:nja, -Aschkali:ke und -Ägypter:innen. Dies zeigt sich an der Dynamik der Gewalt und Vertreibung; so waren Rom:nja, Aschkali:ke und Ägypter:innen nicht unmittelbar am Konflikt beteiligt, wurden aber bei den kriegerischen Auseinandersetzungen zu Opfern beider Konfliktparteien. Zudem

wurden Rom:nja, Aschkali:ke und Ägypter:innen kurz vor und unmittelbar nach Kriegsende im Sommer 1999 Opfer von Gewalt und Brandschatzung albanischer Extremist:innen zu einem Zeitpunkt, als die KFOR² bereits Stellung aufgenommen hatte. Nach dem Sommer 1999 gab es bis auf wenige Ausnahmen praktisch im albanischen Süden des Kosovo keine Rom:nja mehr. Auch in dem kurzen Aufleben von Gewalt im März 2004 waren Rom:nja betroffen.

An die 60.000 der vertriebenen Kosovo-Rom:nja, -Aschkali:ke und Ägypter:innen mussten über nahezu zwei Dekaden in Flüchtlingslagern unter desaströsen, unmenschlichen Umständen im Kosovo oder in der angrenzenden Region, insbesondere Serbien, Montenegro und Nord-Mazedonien, ihr Leben fristen, ohne Aussicht auf eine bessere Zukunft. In vielen Fällen waren Rom:nja, Aschkali:ke und Ägypter:innen auch am Fluchtort nicht willkommen und erhielten weder adäquaten Wohnraum noch Versorgung. Viele der Kinder wurden am Fluchtort geboren, in ein unsicheres Leben und ohne legalen Status oder rechtlicher Identität. Rom:nja, Aschkali:ke und Ägypter:innen, die bis nach Westeuropa kamen, davon ca. 40-50.000 nach Deutschland, wurde oft kein Asyl, sondern nur begrenzter Aufenthalt gewährt. Aus sicherheitspolitischen Gründen konnten sie nicht in den Kosovo zurück, erhielten aber auch keinen Daueraufenthalt. Somit hatten sie keine langfristigen Zukunftsperspektiven und konnten keinen Neuanfang machen. Personen mit dem Titel einer Duldung hatten keinen legalen Aufenthaltstitel für Deutschland, konnten aber auch nicht abgeschoben werden. Auch Kinder, die in anderen Ländern in Westeuropa geboren wurden, wuchsen mit der Unsicherheit auf, das Land verlassen zu müssen, in die Heimat ihrer Eltern, in der sie noch nie waren.

Im Kosovo selbst waren Rom:nja, Aschkali:ke und Ägypter:innen nach dem Krieg nicht willkommen, an manchen Orten (Minderheitensituation) war ihre Sicherheit gefährdet und sie waren in ihrer Bewegungsfreiheit und Partizipation am öffentlichen Leben erheblich eingeschränkt. Ihre Häuser oder ganze Siedlungen waren total zerstört. Die Roma-Mahala „Fabricka“ in Mitrovica/Mitrovicë wurde abgebrannt und alle 8.000 Einwohner:innen vertrieben. Auch andere größere Wohnsiedlungen, wie die Roma-Mahala Moravska im Stadtzentrum in Pristinë/Priština, wurden zerstört, ebenso wie viele kleinere Siedlungen im ganzen Land. Trotzdem gab es bis heute keinen Versöhnungsprozess und keine Strafverfolgung der Täter, über die zerstörten Wohngebiete der Rom:nja, Aschkali:ke und Ägypter:innen wird nicht gesprochen, viele sind mit dem Wiederaufbau des Kosovo nicht nur von der Landkarte, sondern auch aus dem Gedächtnis der Menschen verschwunden.

Da viele Rom:nja, Aschkali:ke und Ägypter:innen gegen Kriegsende fliehen mussten, als ein Großteil der albanischen Flüchtlinge in den Kosovo zurückkehrte, setzte für sie ein Rückkehrprozess auch erst einige Jahre später ein, als bereits gewisse Richtlinien und Protokolle für eine nachhaltige

² KFOR: Kosovo Force, Bezeichnung der 1999 aufgestellten, multinationalen militärischen Sicherheitspräsenz unter Leitung der NATO. Gemäß der Sicherheitsresolution 1244 (1999) vom 10. Juni 1999 hat die KFOR u.a. die Aufgabe zur „Schaffung eines sicheren Umfelds, in dem Flüchtlinge und Vertriebene sicher in ihre Heimat zurückkehren können, die internationale zivile Präsenz arbeiten kann, eine Übergangsverwaltung eingerichtet und humanitäre Hilfe geleistet werden kann; Siehe VN-Resolution 1244 (1999) vom 10. Juni 1999, https://www.un.org/depts/german/sr/sr_99/sr1244.pdf.

Rückkehr und Reintegration etabliert waren.³ Im Rahmen des Rückkehrprozesses unmittelbar nach Kriegsende wurden Flüchtlingen und Binnenvertriebenen der Wiederaufbau des zerstörten Hauses und wirtschaftliche Integrationshilfen zur Verfügung gestellt. Da die etwas später zurückkehrenden Rom:nja, Aschkali:ke und Ägypter:innen bereits vor dem Konflikt oft keine Personal- und/oder Besitzt Dokumente oder Baugenehmigungen für ihre Häuser besessen hatten, oder die Dokumente im Krieg zerstört oder verloren gingen, oder die öffentlichen Kataster und Register entwendet oder zerstört wurden, stellte sich als folgenswer nachteilig für diese Minderheiten heraus. So wurde der überschaubaren Anzahl von Rom:nja, Aschkali:ke und Ägypter:innen, die in den ersten zehn Jahren einer Rückkehr zustimmten, die Errichtung ihrer Wohnhäuser von den lokalen Behörden verweigert, da sie nicht die entsprechenden Dokumente (Eigentums- und/oder Baudokumente oder Personaldokumente) vorweisen konnten. Zudem waren Häuser vor dem Krieg oftmals ohne Anbindung an öffentliche Infrastruktur, teils auch ohne Baugenehmigung, errichtet worden, dies nun zu regulieren (legalisieren), wurde von den Gemeinden oft abgelehnt und somit die Wiedererrichtung der Häuser und eine Rückkehr verhindert oder über viele Jahre in die Länge gezogen.

Das Beispiel der humanitären Krise der Rom:nja-Flüchtlinge in Nord-Mitrovica, die nahezu eine Dekade in bleiverseuchten Lagern ausharren mussten, zeigt die gesamte Verkettung von Vernachlässigung und Diskriminierung einer Minderheit auf. Da es für die erforderliche Flächenwidmung und den Wiederaufbau ihrer Häuser in der Gemeinde keine Mehrheit gab, waren die Flüchtlinge über viele Jahre einem erheblichen Gesundheitsrisiko ausgesetzt, bevor zumindest ein Teil von ihnen Wohnungen auf dem Grund der ehemaligen Roma-Mahala beziehen konnte. Zu dem Zeitpunkt, sieben Jahre nach der Vertreibung, hatten einige der Kinder bereits bleibende Gesundheitsschäden von der Bleivergiftung erlitten und waren über Jahre nicht ins Bildungssystem integriert. Von den ehemals 8.000 Menschen sind nicht einmal 10 Prozent zurückgekehrt. Heute hat die Siedlung in Mitrovica/Mitrovice an die 600 Einwohner:innen. Eine Entschuldigung von Seiten der UNMIK⁴ oder eine Kompensation für die Bleivergiftung, wie vom UN Beratungsausschuss für Menschenrechte empfohlen, steht noch aus.

Aber auch viele andere, kleinere und weniger prominente Beispiele, wie das von Rudeš/Rudesh, illustrieren das Versagen, auch der internationalen Gemeinschaft, die Interessen und Rechte von

³ Entsprechend internationaler Standards ist vertriebenen Personen das Recht auf sichere Rückkehr und Wiedererlangung des Eigentums zu garantieren. Um dies zu ermöglichen, wurden Handbücher und Protokolle für eine nachhaltige Rückkehr erstellt, die insbesondere auf die anerkannten Flüchtlinge und Binnenvertriebene in der Region Anwendung fanden. Dies ist zu unterscheiden von den Rückkehrprozessen, die im Rahmen der Repatriierungspolitik zwischen Kosovo und vorwiegend Ländern in Westeuropa ab 2008 zunehmend etabliert wurde. Siehe dazu weiter unten S. 20 ff.

⁴ UNMIK: United Nations Interim Administration Mission in Kosovo (zu Deutsch Interimsverwaltungsmission der Vereinten Nationen im Kosovo) ist die internationale zivile Präsenz im Kosovo, die mit der Sicherheitsresolution 1244 (1999) eingerichtet wurde, „(..) um eine Übergangsverwaltung für das Kosovo bereitzustellen, unter der die Bevölkerung des Kosovo substantielle Autonomie innerhalb der Bundesrepublik Jugoslawien genießen kann und die für eine Übergangszeit die Verwaltung wahrnehmen und gleichzeitig vorläufige demokratische Selbstverwaltungsinstitutionen schaffen und deren Entwicklung überwachen wird (...)“, siehe UN Sicherheitsresolution https://www.un.org/depts/german/sr/sr_99/sr1244.pdf.

Rom:nja, Aschkali:ke und Ägypter:innen gleichermaßen zu vertreten. Viele der Projekte, die im Rahmen der Rückkehrprozesse für Flüchtlinge und intern Vertriebene erfolgreich umgesetzt wurden, sind nur auf beständigen, internationalen Druck und finanzielle Unterstützung der internationalen Gemeinschaft zurückzuführen. 15 Jahre nach dem Konflikt haben sich Regierungsvertreter aus Belgrad, Pristina, Podgorica und Skopje auf regionale Zusammenarbeit geeinigt (Skopje-Prozess), um den Vertriebenen aus dem Kosovo eine akzeptable dauerhafte Lösung anzubieten, entweder nachhaltige Rückkehr oder Integration am Fluchort etwa in Serbien, Montenegro und Nordmazedonien.

Während in der Region immer stärker Integration vor Ort forciert wurde, setzte Westeuropa auf die Repatriierung von jenen, die bis dahin keinen Daueraufenthalt erworben haben. Knapp zehn Jahre nach dem Konflikt, als es noch immer schwierig war, nachhaltige Rückkehrprogramme für Rom:nja, Aschkali:ke und Ägypter:innen umzusetzen, wurden zwischen dem Kosovo und EU-Mitgliedstaaten Repatriierungsabkommen unterzeichnet. Deutschland beherbergt bis heute die größte Anzahl von Rom:nja, Aschkali:ke und Ägypter:innen, die davon bedroht sind, in den Kosovo abgeschoben zu werden. Laut Zahlen der Bundesländer vom 30. Juni 2009 gab es 14.300 Personen mit einer Duldung in Deutschland, darunter 9.842 Rom:nja, 1.755 Aschkali:ke und 173 Ägypter:innen, d.h. insgesamt 82 % aller Personen mit Duldung waren Roma:nja, Aschkali:ke und Ägypter:innen aus dem Kosovo. Ab 2009 konnten schließlich ohne Einschränkung Rom:nja, Aschkali:ke und Ägypterinnen aus dem Kosovo mit einer Duldung in den Kosovo rückgeführt werden. Im Gegensatz zu jenen Flüchtlingen, die im Rahmen der Rückkehrprogramme für Flüchtlinge aus der Region umgesetzt wurden, galten sie als „Repatriierte Personen“, für die es eigene Politik-Richtlinien zur Rückkehr und Reintegration gab. Im Unterschied zum Prozess, die die Rückkehr von Flüchtlingen betreut, erhielten repatriierte Personen keine Unterstützung für den Wiederaufbau ihrer Häuser oder andere wirtschaftliche Hilfsleistungen. Viele der Kinder von Kosovo-Flüchtlingen von Rom:nja, Aschkali:ke und Ägypter:innen-Minderheiten wurden in ein Land abgeschoben, das sie nicht kannten, dessen Sprache sie nicht sprachen und das ihnen keine Perspektive bieten konnte. Im Gegenteil, repatriierte Personen fanden sich plötzlich in einer Situation großer Armut, ohne soziale Absicherung und nach kurzer Zeit auch ohne adäquaten Wohnraum im Kosovo. Sie stießen auf Ablehnung von Seiten der kosovarischen Bevölkerung. Vielen Kinder war die Fortsetzung der Schulbildung nicht möglich, und es gab keine Perspektive für professionelle Ausbildung oder wirtschaftliche Absicherung. Ein Hindernis für schulische Integration war, abgesehen von der Sprache, dass die Kinder keine Personaldokumente vorweisen konnten oder auch die Zeugnisse aus dem Ausland nicht anerkannt wurden. Insbesondere die Fälle von repatriierten Kindern zeigen, dass bei der Rückführung Kinderrechte massiv verletzt wurden. Das gleiche gilt für Rom:nja, Aschkali:ke und Ägypter:innen, die nach Serbien abgeschoben wurden. Auch dort gab es keine Kapazitäten, die repatriierten Menschen nachhaltig unterzubringen noch eine soziale und wirtschaftliche Perspektive zu geben. Serbien hat schließlich nach wie vor mit der Inklusion der autochthonen Rom:nja-Bevölkerung zu kämpfen, zusätzlich hat es die größte Anzahl von Flüchtlingen in der Region zu beherbergen, darunter auch bis zu 40.000 Rom:nja, Aschkali:ke und Ägypter:innen aus dem Kosovo. Viele der abgeschobenen Rom:nja finden sich daher oft in den Flüchtlingslagern oder auf der Straße wieder, so sie keine familiären Bindungen oder Bekannte haben.

2009 kritisierte die OSZE Mission die Rückführungspolitik im Kosovo, die in allen wesentlichen Bereichen, vor allem aber auf lokaler Ebene, nicht existent war. Zuständigen Behörden waren die Richtlinien und ihre Verantwortung gegenüber repatriierten Personen oft unbekannt, zudem hatten sie keine finanziellen oder technischen Ressourcen, um den Menschen zu assistieren. Viele der repatriierten Personen verließen angesichts der eingeschränkten Möglichkeiten alsbald wieder das Land.

Die kosovarische Regierung reagierte schnell auf die Kritik und stockte in den Folgejahren die finanziellen Mittel erheblich auf (2011 wurden dafür 3,4 Millionen EUR bereitgestellt) und entwickelte einen neuen Aktionsplan. Dem folgte im Jahr 2020 eine Verordnung zur Reintegration repatriierter Personen, die auch die bestehenden Mängel in der bisherigen Durchführung beheben soll. Inwieweit die nun gesetzten Maßnahmen die Situation verbessern können und vor allem wie schnell, bleibt abzuwarten. Vor allem im Hinblick auf die insgesamt zeitlich sehr verschleppte Rückkehrpolitik (freiwillig oder erzwungen) gegenüber Rom:nja, Aschkali:ke und Ägypter:innen und die weiterhin bestehende Diskriminierung und die komplexe Situation für Minderheiten im Kosovo sind schnelle Erfolge zu bezweifeln. Hinzu kommt auch, dass Kosovo ebenso mit der globalen Pandemie zu kämpfen hat.

Mit technischer und finanzieller Unterstützung durch die internationale Gemeinschaft hat Kosovo 2009 eine Strategie zur Integration von Kosovo Rom:nja, Aschkali:ke und Ägypter:innen 2009 -2015 angenommen, mit dem Ziel, Diskriminierung abzubauen und Rom:nja Aschkali:ke und Ägypter:innen gleiche Chancen und Rechte im Kosovo zu garantieren, einschließlich Rückkehr und dem Wiederaufbau der Häuser. Die Strategie und ihr Umsetzungsplan blieben aufgrund mangelnden politischen Willens ergebnislos. Eine weitere Strategie für Rom:nja und Aschkali:ke (Ägypter:innen wollten nicht inkludiert sein) folgte im Jahr 2017 und wird bis 2021 umgesetzt, allerdings gibt es bisher nur marginale Erfolge, was auch auf die politische Instabilität des Kosovo und den häufigen Regierungswechsel zurückzuführen ist.

Die Auswirkungen der Pandemie auf Roma in Europa

Die Folgen von COVID-19 und Maßnahmen zur Bekämpfung der Pandemie machen das Scheitern europäischer Inklusionspolitik der vergangenen 20 Jahre sichtbar. In vielen Ländern wurden die bestehenden Ausgrenzungsmechanismen, Segregation, soziale Ungleichheit und Diskriminierung vertieft und so die Gesundheitsgefährdung für die Betroffenen verschärft. Anstatt die Menschen in gefährdeten Situationen mit dem notwendigen Wasser und Sanitärmitteln zu versorgen, wurden an manchen Orten ganze Siedlungen abgeriegelt und durch Polizei und Militär kontrolliert. Diese Aktionen wurden von einer Anti-Rom:nja-Rhetorik, die Rom:nja zu Virusträgern und einer Gefährdung für die Gesellschaft stigmatisierte, begleitet und legitimiert. Die Symbolik dieser Maßnahmen macht auch deutlich, dass in einer Zeit, in der solidarisches Handeln im Sinne aller gefordert ist, Romani-Bürger:innen von der Solidargemeinschaft ausgenommen werden.

Die Konsequenzen der Pandemie für die wirtschaftliche, soziale Lage und Gesundheitssituation von Rom:nja lässt sich derzeit nicht umfassend analysieren. Von den aktuellen Entwicklungen, insbesondere im Hinblick auf Bildung und Arbeit/Existenzsicherung, ist ein äußerst negativer Trend

zu erwarten, der u.a. auch positive Entwicklungen der vergangenen zehn Jahre zunichtemachen kann.

Die Pandemie hat aber auch noch einmal die Bedeutung der Rom:nja- und Pro-Rom:nja-Zivilgesellschaft unterstrichen, die an vielen Orten die Verantwortung der nationalen Verwaltung und lokalen Behörden übernommen und konkrete Hilfe vor Ort geleistet hat.

Die bisherigen Berichte zu den Folgen der Pandemie machen deutlich, dass es weiterer vertiefender Analysen bedarf, um einerseits Themen zu beleuchten, die bisher nicht berücksichtigt wurden, und andererseits die negativen Folgen der Pandemie rasch zu kompensieren. So wissen wir nichts über die Auswirkung der Pandemie auf Romnja, inwieweit sie z.B. in stärkerem Ausmaß von familiärer oder häuslicher Gewalt betroffen waren, oder wie sich die Pandemie auf die Arbeit und den Fortbestand der Romani-Zivilgesellschaft auswirkt. Zudem bedarf es analytischer Studien zu den Auswirkungen der Pandemie auf die Bildungs- und Ausbildungskarrieren wie auch den Arbeitsverlust und die ökonomische Situation von Rom:nja.

Es gibt wenig Informationen über die Situation von freischaffenden Romani-Künstler:innen und Selbstständigen und kaum datenbasierte Analysen zum Zugang zu Hilfspaketen oder sozialen Transferleistungen während der Pandemie. Es ist zu erwarten, dass beides, die Förderung von Bildung und Arbeit, schnelle und zukunftsweisende Maßnahmen benötigen. Dabei wird nicht nur die Kluft im Bildungsbereich zwischen Rom:nja und dem Durchschnitt der Bevölkerung zu schließen, sondern auch Rom:nja an der Digitalisierung teilhaben zu lassen und entsprechende technische sowie digitale Infrastruktur dafür zu schaffen, Thema sein.

Insgesamt haben die Auswirkungen der Pandemie und insbesondere die Maßnahmen zur Pandemie-Bekämpfung die hohe Bedeutung der seit längerem bestehenden Forderung, den Kampf gegen Antiziganismus zu priorisieren, unterstrichen. Hierbei werden zukünftig insbesondere Politiker:innen auf allen Ebenen gefragt sein, dies klar und deutlich zu kommunizieren und die bestehende Antidiskriminierungsgesetzgebung für Rom:nja durchsetzbarer zu machen sowie die Antidiskriminierungsinstitutionen zu stärken und bestehende Empfehlungen und Urteile umzusetzen. Infolge der Wirtschaftskrise 2008/2009 haben viele Länder Austeritätsmaßnahmen erlassen, die zu großen Einsparungen in der Sozialpolitik geführt haben und daher die Kluft zwischen reich und arm verschärft haben, was sich auch auf viele Rom:nja negativ ausgewirkt hat. Daher ist bei Implementierung des EU-Wiederaufbaufonds auf nationaler Ebene oder Förderungen zur Durchführung des EU-Rahmens für Roma Integration 2030 insbesondere darauf zu achten, dass auch die negativen Auswirkungen der COVID-Krise auf Rom:nja berücksichtigt wird.

Dies gilt nicht nur für die EU-Region, sondern für ganz Europa, einschließlich der Länder am westlichen Balkan. Angesichts der Vision von einem gemeinsamen Europa sind im Hinblick auf EU-Erweiterungsfragen für Länder am westlichen Balkan die Lehren aus den Erweiterungsrounden von 2004 und 2007 zu ziehen. Das bedeutet, abgesehen von normativen Standards, konkrete Verbesserungen der Lebensrealität einzufordern, im Einklang mit internationalen Menschenrechtsstandards und frei von Diskriminierung und Rassismus.

Empfehlungen an die internationale Gemeinschaft, die Europäische Union und die Bundesregierung:

Situation der Kosovo Rom:nja, Aschkali:ke und Ägypter:innen

- Anerkennung, dass Rom:nja, Aschkali:ke und Ägypter:innen im Kosovo massiver Diskriminierung und Rassismus in allen Lebensbereichen ausgesetzt sind.
- Aufarbeitung der Ereignisse und der Vertreibung der Kosovo-Rom:nja, -Aschkali:ke und -Ägypter:innen, Aufklärung der Verbrechen und Bestrafung der Kriegsverbrecher und Förderung von Versöhnungsprozessen zwischen den Gemeinschaften im Kosovo auf lokaler Ebene (insbesondere an Orten, wo Vertreibungen ganzer Gemeinschaften von Rom:nja, Aschkali:ke und Ägypter:innen stattgefunden haben).
- Berücksichtigung der äußerst komplexen und Situation von Rom:nja, Aschkali:ke und Ägypter:innen im Kosovo, die einen verschleppten Rückkehrprozess (freiwillig oder erzwungen) zur Folge hat und sich nachteilig auf die Durchsetzung ihrer Rechte auswirkt (sowohl für intern Vertriebene, Flüchtlinge in der Region und in Westeuropa).
- Förderung der Integration am Fluchort, - im Kosovo, in der Region (Serbien, Montenegro, Nordmazedonien) oder in Westeuropa -, wenn die vertriebenen Rom:nja, Aschkali:ke und Ägypter:innen nicht in den Kosovo zurückkehren wollen. 20 Jahre nach dem Konflikt müssen Alternativen geschaffen werden, damit die Menschen einen Neustart machen und Lebensperspektiven entwickeln können.
- Unterstützung des Skopje-Prozesses, einschließlich finanzielle Förderungen unter der Bedingung, dass Kosovo Rom:nja, Aschkali:ke und Ägypter:innen nicht benachteiligt werden (flexible administrative Verfahren für die Registrierung der Familien, auch Kinder, die am Fluchort geboren wurden, und flexible Verfahren für den Wiederaufbau von Eigentum, eventuell durch Legalisierung oder Bereitstellung von Gemeindegrund für Rückkehrer:innen die keinen Baugrund besaßen).
- Garantie von Kinderrechten und das Wohl des Kindes in allen Fragen, wo Romani-, Aschkali-, oder Ägypter-Kinder im Rahmen von Rückkehr oder Integration am Fluchort betroffen sind.
- Stopp der erzwungenen Abschiebungen von Rom:nja, Aschkali:ke und Ägypterinnen, die im Zuge des Kosovo-Konfliktes nach Deutschland gegangen sind. 20 Jahre nach der Emigration haben sie keine Möglichkeiten vor Ort – und werden in einen Migrationskreislauf getrieben (alle Länder um Kosovo haben visumsfreie Einreisemöglichkeit in die EU).
- Kosovo Rom:nja, Aschkali:ke und Ägypter:innen-Flüchtlingen, die in den Kosovo zurückkehren möchten, soll rasche, unbürokratische Wiederaufbauhilfe für ihre Häuser sichergestellt werden, notfalls mit flexiblen Prozeduren und Regularisierung der Häuser/Siedlungen.
- Stopp der erzwungenen Abschiebungen von Rom:nja, Aschkali:ke und Ägypterinnen aus dem Kosovo nach Serbien. Serbien hat nach wie vor eine hohe Anzahl von Flüchtlingen aus dem Kosovo, darunter auch viele Rom:nja, Aschkali:ke und Ägypterinnen, für die es keine nachhaltige Versorgung gibt und daher auch keine Kapazitäten, repatriierte Menschen aufzunehmen.

- Die Fördergemeinschaft soll finanzielle Investments in unterschiedliche Projekte im Kosovo an die Bedingung knüpfen, auch Initiativen zur Bekämpfung von Antiziganismus und Inklusion von Rom:nja, Aschkali:ke und Ägypter:innen durchzuführen.
- Die Fördergemeinschaft soll Maßnahmen zur Stärkung der Rom:nja-, Aschkali:ke- und Ägypter:innen-Zivilgesellschaft fördern, einschließlich für Menschenrechts- und Monitoringarbeit.
- Die Fördergemeinschaft soll konkrete Überprüfungsmechanismen (Daten) einfordern, dass Maßnahmen zur Re-Integration von Rom:nja, Aschkali:ke und Ägypter:innen tatsächlich umgesetzt wurden und konkrete Fortschritte zur Bedingung im EU-Erweiterungsprozess machen.
- Verpflichtung zur Bekämpfung von Antiziganismus in allen EU-Mitgliedsländern und Umsetzung des EU-Rahmens zur Inklusion von Roma 2030.

Auswirkungen der Pandemie auf Rom:nja in Europa

- Anerkennung von Antiziganismus und Bekämpfung von Antiziganismus in Deutschland und Europa (z.B. im Rahmen von Projekten, Entwicklungszusammenarbeit, Europäischer Politikmaßnahmen oder im Rahmen der Arbeit der OSZE und Europarat).
- Berücksichtigung der Vulnerabilität von Rom:nja und Sinti:zze in prekären Lebenssituationen bei den Maßnahmen zur Bekämpfung der Pandemie und Hilfspaketen zur Überbrückung der Pandemie.
- EU-Wiederaufbauprogramme zur Bekämpfung der Folgen der Pandemie müssen insbesondere die Situation von vulnerablen Gruppen und Rom:nja in Europa berücksichtigen.
- Eintreten für die Annahme und Umsetzung eines EU-Rahmens zur Inklusion von Rom:nja in Europa bis 2030.
- Verurteilung antiziganistischer Rhetorik, Maßnahmen und antiziganistischer Hasskriminalität in Deutschland und Europa.
- Stärkung der Rom:nja und Sinti:zze-Zivilgesellschaft in Deutschland und Förderung von aktiver Teilhabe.

Hintergrund: Rom:nja im Kontext internationaler Menschenrechtsarbeit

Im Jahre 1990 unterstrichen die Mitgliedsstaaten der OSZE, dass Rom:nja von einem Anwachsen von rassistischer und ethnischer Gewalt, Fremdenfeindlichkeit und Diskriminierung bedroht sind.⁵ Damit versuchte die internationale Gemeinschaft, auf die Berichte über Hasskriminalität und Diskriminierung gegenüber Rom:nja in Europa, die mit der Transformation der ehemals kommunistischen Staaten und damit verbundener Grenzöffnung und Bewegungsfreiheit der Bürger:innen aus Osteuropa einherging, zu antworten.

Die Dynamik von Migration und rassistischer Hasskriminalität, aber auch ein antiziganistischer öffentlicher, medialer Diskurs in Ost- und Westeuropa führten seither zu einer verstärkten internationalen Berücksichtigung der Situation von Rom:nja in multilateralen Foren. Agenturen der Vereinten Nationen (UNHCR, UNICEF, UN Women), die OSZE, der Europarat oder zivile Menschenrechtsorganisationen dokumentieren die Lage von Rom:nja und Menschenrechtsverletzungen. Zudem kam es infolge der sogenannten „Ost-Öffnung“ auch zu einer zunehmenden Mobilisierung der Zivilgesellschaft, darunter auch Rom:nja aus ganz Europa, die an internationalen Konferenzen teilnahmen und ihre Interessen sowie Anliegen der Rom:nja-Communitys öffentlich machten und auch gehört wurden.

Diese zunehmende Auseinandersetzung führte auch zu einem Paradigmenwechsel; das Instrument der Minderheitenrechte griff zu kurz, um die Rechte von Rom:nja zu adressieren und die internationale Staatengemeinschaft setzte verstärkt auf Erfahrungen in der Entwicklungsarbeit und Menschenrechtsarbeit, um adäquate Politikmaßnahmen zur Verbesserung der Situation zu erwirken.

Dieser Trend erfuhr zudem einen weiteren Impetus durch die kriegerischen Konflikte im ehemaligen Jugoslawien, insbesondere in Bosnien und Herzegowina (1992-1995) sowie im Kosovo (1999), aber auch in Nordmazedonien (Region Tetovo, 2001). Bei den Auseinandersetzungen gerieten Rom:nja, Aschkali:ke und Ägypter:innen zwischen die Fronten der Konfliktparteien und wurden Opfer von Verfolgung und Vertreibung durch beide Konfliktparteien. In den Konfliktlösungs- und Friedensprozessen aber blieben ihre Interessen kaum berücksichtigt.

Da sich kaum ein Land als Schutzmacht oder Heimatland für die Rechte von Rom:nja stark macht, kam in dieser Zeit insbesondere den internationalen Organisationen und der Zivilgesellschaft eine wichtige Rolle zu, die massiven Menschenrechtsverletzungen wie auch die sozial prekäre Lage und systemische und institutionelle Diskriminierung aufzuzeigen. Die zunehmende Auseinandersetzung führte schließlich zur Annahme politischer Strategien, um gleiche Rechte und Chancen und Nicht-Diskriminierung von Rom:nja zu erreichen.

Als Antwort auf diese komplexe und interdependente Problemlage hat die OSZE im Jahr 2003 den Aktionsplan zur Verbesserung der Situation der Rom:nja beschlossen.⁶ Darin verpflichteten sich die

⁵ OSCE (29 June, 1990): Document of the Copenhagen Meeting of the Human Dimension of the OSCE, <https://www.osce.org/files/f/documents/9/c/14304.pdf>

⁶ OSCE (27 November, 2003): Action Plan on Improving the Situation of Roma and Sinti in the OSCE Area, <https://www.osce.org/odihr/17554>

OSZE-Mitgliedsstaaten einerseits durch konkrete Maßnahmen in Legistik und politischer Praxis, die bestehenden Formen von Rassismus und Diskriminierung abzubauen, und andererseits, in den Schlüsselbereichen wie Bildung, Arbeit, Wohnen und Gesundheit Maßnahmen in Gang zu setzen, um konkrete Verbesserung zu erzielen. Die Vision war, die Kluft zwischen der Mehrheitsgesellschaft und Rom:nja zu verringern und Rom:nja gleiche Rechte und Chancen einzuräumen.

Im Jahre 2005 wurde zudem von der Weltbank gemeinsam mit neun Staaten aus Mittel- und Osteuropa und dem Westlichen Balkan und mit Unterstützung anderer internationaler Akteure die Dekade der Roma-Inklusion 2005-2015 ausgerufen.⁷ Diese Initiative baute auf den Empfehlungen des OSZE-Aktionsplanes von 2003 auf. Mit nationalen Aktionsplänen und Programmen sollte die Integration von Rom:nja in Bildung, Arbeit, Wohnen und Zugang zu Gesundheitservices verwirklicht werden. Dabei sollte auch die Umsetzung horizontaler Prioritäten wie Bekämpfung von Armut, Gleichberechtigung und Nicht-Diskriminierung verfolgt werden. Hierbei waren vor allem Länder mit einer substantiellen Romani-Bevölkerung federführend⁸: einerseits in der Erstellung nationaler Aktionspläne, andererseits in einer zunehmenden Durchführung von Projekten und Programmen, meist mit finanzieller Unterstützung der EU oder anderer internationaler Fördermittelgeber:innen.

Die Entwicklung der internationalen Standards und zunehmenden Information sowie Analyse verlief zeitlich parallel zum EU-Erweiterungsprozess. Und so setzte sich auch die Europäische Union verstärkt mit der Situation von Rom:nja in EU-Erweiterungsländern, aber auch innerhalb der EU auseinander. Mit den Erweiterungsrounds von 2004 und 2007 kamen Länder mit einer beträchtlichen Romani-Bevölkerung zur Europäischen Union hinzu (2004 die Slowakei, die Tschechische Republik und Ungarn; 2007 Bulgarien und Rumänien). Damit wurde die Frage um die Situation der Rom:nja quasi ein Testfall für die Europäische Union – im Hinblick auf die Verwirklichung von Menschenrechten nicht nur außerhalb, sondern auch innerhalb des Staatenverbunds.

Die Phase von 2000 bis 2007 war aus Sicht vieler zivilgesellschaftlicher Organisationen einer der dynamischsten Zeiträume für Initiativen zur Verbesserung der Menschenrechtssituation auf lokaler, nationaler, und überregionaler Ebene. Die Erweiterungsphase bot Möglichkeiten, einerseits durch eine überaus aktive Rom:nja- und Pro-Rom:nja-Zivilgesellschaft und andererseits durch finanzielle Mittel, z.B. EU-Finanzinstrumente, Anreize für die nationalen und lokalen Behörden zu schaffen, konkrete Maßnahmen zur Verbesserung der Situation von Rom:nja umzusetzen oder auch Infrastrukturprojekte zu fördern.

Trotz der finanziellen Unterstützung der internationalen und europäischen Gemeinschaft, der Expertise internationaler Organisationen und nationaler und zivilgesellschaftlicher Stakeholder, die etliche Programme und Projekte für die Politikimplementierung durchführten, blieben größere richtungsweisende Veränderungen vorerst aus. Die Gründe dafür sind vielfältig, in erster Linie aber

⁷ Siehe Decade of Roma Inclusion, https://www.rcc.int/romaintegration2020/romadecade_p/17/decade-of-roma-inclusion-2005-2015

⁸ Albanien, Bosnien und Herzegowina, Bulgarien, Kroatien, die Tschechische Republik, Ungarn, Mazedonien [heute Nordmazedonien], Montenegro, Rumänien, Serbien, die Slowakei und Spanien.

auf fehlenden politischen Willen auf nationaler und lokaler Ebene zur Inklusion von Rom:nja und auf den weit verbreiteten Rassismus, institutionelle Diskriminierung und virulenten Antiziganismus in der Bevölkerung zurückzuführen. Bezeichnend ist auch, dass die Staaten oft wenig eigene finanzielle Mittel für Roma Inklusion bereitstellen und viele Programme durch die Fördergemeinschaft finanziert oder stimuliert werden und daher oft nicht den Projektzeiträumen überdauern. Auf technischer Ebene zählen zudem mangelnde Einbindung der Rom:nja-Zivilgesellschaft und betroffener Rom:nja in die Umsetzung von Initiativen, die Reduktion der Interventionen auf kurz- und mittelfristige Projekte und Programme anstatt auf langfristige und nachhaltige Maßnahmen (Mainstreaming von erfolgreichen Initiativen) zu den größten Hindernissen für eine erfolgreiche Inklusionspolitik. In nur wenigen Fällen wurden erfolgreiche Maßnahmen in nachhaltigere Politikmaßnahmen überführt und insgesamt war keine Änderung der Einstellung der Gesellschaft gegenüber Rom:nja zu verzeichnen.⁹

Im Jahr 2011 beschloss die EU den EU-Rahmen für nationale Integrationsstrategien für Rom:nja bis 2020¹⁰, wonach alle EU-Mitgliedsländer angehalten waren, Strategien zur Integration der Rom:nja zu erarbeiten. Die Motivation zu einer gemeinsamen Initiative wurde teils auch durch die Ost-Westmigration von Romani-Bürger:innen innerhalb der EU befeuert. Dabei wurde, wie bereits zuvor, vorrangig auf die Integration von Rom:nja in den Schlüsselbereichen Bildung, Arbeit, Wohnen und Gesundheit gesetzt. Zur Bekämpfung von Diskriminierung und Abbau von Rassismus wurde auf die bestehende nationale Antidiskriminierungsgesetzgebung in den jeweiligen Ländern und die Umsetzung der Antirassismus-Direktive der EU (2000/43/EC)¹¹ abgezielt. Der EU-Rahmen wurde zudem 2013 durch die Empfehlungen des Europäischen Rats zu effektiven Roma-Integrationsmaßnahmen verstärkt.¹²

Bis heute aber sind richtungsweisende Erfolge, die die Lebensrealität von Rom:nja in Europa nachhaltig verändern, ausgeblieben. Laut einer Mid-Term Evaluation des EU-Rahmens bedarf es auf verstärkte Integration von Roma zentrierte Agenden in allgemeinen Mainstream-Politikmaßnahmen (Sozialpolitik, Bildungspolitik etc.), Investment in Nachhaltigkeit, einschließlich

⁹ Siehe dazu auch: OSCE Status Report 2008, Seite 11, <https://www.osce.org/files/f/documents/0/c/3>
Es gibt wohl eine Reihe von Best-Practice- Initiativen aber kaum nachhaltige Politikinterventionen. Vielen Programmen die auf Änderung der Situation von Rom:nja abzielen, setzten auch konkret Antidiskriminierungsmaßnahmen die bei Institutionen und Mehrheitsgesellschaft ansetzen. Nur wenige der Maßnahmen zur Roma –Inklusion erfüllen die 10 Grundprinzipien für Roma Inklusion - Politikmaßnahmen: 1: Konstruktiv, pragmatische – und antidiskriminierend; 2: Explizit – aber nicht exklusiv auf Rom:nja fokussierend; 3: Inter-kulturell; 4: auf Inklusion in die t Mehrheitsgesellschaft ausgerichtet; 5: Gender-sensitive; 6: Evidenz-basiert; 7: Anwendung von EU – Instrumenten; 8: Einbindung regionaler und lokaler Behörden; 9: Einbindung der Zivilgesellschaft; 10: Aktive Teilnahme von Rom:nja; siehe auch: <https://op.europa.eu/en/publication-detail/-/publication/7573706d-e7c4-4ece-ae59-2b361246a7b0>.

¹⁰ EC (5. April 2011): An EU Framework for National Roma Integration Strategies up to 2020, EUR-Lex - 52011DC0173 - EN - EUR-Lex (europa.eu)

¹¹ EC (2000): Council Directive 2000/43/EC of 29 June 2000 implementing the principle of equal treatment between persons irrespective of racial or ethnic origin, <https://eur-lex.europa.eu/legal-content/EN/TXT/?uri=CELEX%3A32000L0043>

¹² Siehe COUNCIL RECOMMENDATION of 9 December 2013 on effective Roma integration measures in the Member States, [https://eur-lex.europa.eu/legal-content/EN/TXT/PDF/?uri=CELEX:32013H1224\(01\)](https://eur-lex.europa.eu/legal-content/EN/TXT/PDF/?uri=CELEX:32013H1224(01))

der Bereitstellung nationaler finanzieller Mittel, und stärkere Einbindung von Rom:nja in alle Bereiche der Politikimplementierung. Im Hinblick auf die Prioritäten zukünftiger Strategien wurde die Notwendigkeit unterstrichen, dass Maßnahmen zur Inklusion von Rom:nja die Bekämpfung von Antiziganismus und Diskriminierung als klares Ziel priorisieren müssen, aber auch Anti-Diskriminierungsmaßnahmen als Querschnittsthema in allen anderen Bereichen (Bildung, Arbeit, Gesundheit, Wohnen, etc.) mitgedacht und erkämpft werden müssen.¹³

¹³ Siehe EC (July, 2018): Mid-Term Evaluation of the EU Framework for National Roma Integration Strategies up to 2020, S 215 ff.

Fallstudie 1: Zur Wirksamkeit internationaler Schutzmechanismen und Perspektiven für Rom:nja in einer Konflikt- und Post-Konfliktsituation: Rom:nja, Aschkali:ke und Ägypter:innen im Kosovo

Vor 1999 lebten geschätzte 150.000 bis 200.000 Rom:nja, Aschkali:ke und Ägypter:innen im Kosovo. Laut offiziellen Zahlen der Volkszählung von 1991 bekannten sich 45.745 Personen als Rom:nja, was als weit zu gering eingeschätzt wird; Ägypter:innen und Aschkali:ke wurden nicht als eigene Kategorie ausgewiesen. Nach dem Konflikt 1999 wurde die Anzahl von Rom:nja, Aschkali:ke und Ägypter:innen im Kosovo auf bis zu 35.000 geschätzt.

Vor dem Krieg waren Rom:nja, Aschkali:ke und Ägypter:innen im gesamten Kosovo vertreten. Heute befinden sich größere Ansiedlungen von Rom:nja nur mehr in der Region Prizren und Mitrovica/Mitrovicë, aber auch in Gračanica/Gracanicë, während Angehörige der Ägypter:innen vor allem im Westkosovo (Peja/Peć, Gjakovë/Gjakova, Istog/Istok, Klinë/Klina) und Angehörige der Aschkali:ke vorwiegend in Zentralkosovo sowie auch im Süden und Osten des Landes leben.

Rom:nja, Aschkali:ke und Ägypter:innen sind heute als ethnische Minderheitengruppen im Kosovo anerkannt.¹⁴ Seit den 1990er Jahren haben sich Kosovo-Aschkali:ke und -Ägypter:innen öffentlich als eigene Gruppen formiert, wobei bis heute das Selbstbekenntnis und die ethnische Trennung zwischen den drei Gruppen durch Verheiratung oder Wechsel des Lebensmittelpunktes fließend sein kann.

Laut der jüngsten Volkszählung im Kosovo von 2011 und den Daten der OSZE-Mission im Kosovo für den Norden des Landes leben heute an die 15.546 Aschkali:ke und 11.524 Ägypter:innen im Kosovo. Rom:nja, insbesondere im Norden, haben die Volkszählung boykottiert, daher ist die Zahl von 8.824 nicht zuverlässig und wird auf das Doppelte geschätzt.¹⁵ Im Jahr 2013 ging die OSZE-Mission von 15.696 Rom:nja im Kosovo aus.

Rom:nja bekennen sich vorwiegend zum islamischen (Sunniten), teils auch zum serbisch-orthodoxen Glauben, und sprechen Romanes, Albanisch und Serbisch (insbesondere die ältere Generation). Kosovo-Ägypter:innen und -Aschkali:ke sind islamischen Glaubens (Sunniten) und sprechen Albanisch (die ältere Generation auch Serbisch). Vor allem vor dem Krieg gab es bei allen

¹⁴ Genau genommen befinden sich alle Ethnien im Kosovo je nach Siedlungsgebiet in einer Minderheitensituation. So z.B. auch Kosovo-Albaner im Norden oder in serbischen Enklaven oder Serben südlich des Ibar-Flusses. In der Gesamtheit betrachtet aber ist der Norden mehrheitlich serbisch, der Süden mehrheitlich albanisch, während Türken, Goraner, Bosniaken, Roma, Aschkali und Ägypter, Montenegriner und Kroaten Minderheiten sind.

¹⁵ Insgesamt sind die Ergebnisse der Volkszählung mit Vorsicht zu lesen, da keine Daten über den Norden vorliegen und Roma und Serben die Volkszählung boykottiert haben. Siehe auch ECMI (Dezember, 2012): *Minority Communities in the 2011 Kosovo Census Results: Analysis and Recommendations*, <https://www.ecmikosovo.org/uploads/3engA.pdf>

Gruppen auch Angehörige des Sufismus (Derwisch-Tradition). In Prizren, Gjakovë/Gjakova, aber auch in der Roma-Mahala in Mitrovica/Mitrovicë gab es eine Tekke¹⁶.

Entsprechend der lokalen Umgebung und des Sprachgebrauchs lebten Rom:nja, Aschkali:ke und Ägypter:innen vor dem Konflikt im engeren Austausch mit der serbischen, der albanischen oder auch, z.B. in Prizren, der türkischen Bevölkerung. Wie in ganz Europa, waren und sind Rom:nja, Aschkali:ke und Ägypter:innen in Kosovo Rassismus und Diskriminierung ausgesetzt. Bezeichnend dafür ist auch die pejorative Bezeichnung „Madjup“ (im albanischen) oder „Cigan“, die in der kosovarischen Bevölkerung weit verbreitet ist. Dabei waren Rom:nja, Aschkali:ke und Ägypter:innen vor dem Konflikt auch in den unterschiedlichen sozialen Schichten der Gesellschaft vertreten. In Prizren beispielsweise wurde die Sprache Romanes selbstbewusst gesprochen und Rom:nja waren durchaus auch in Berufen mit höherer Bildung, z.B. als Ärzt:innnn, Rechtsanwält:innen oder Schriftsteller:innen, vertreten. Es gab einen Radiosender in Romanes und auch Literatur, die in Romanes verfasst wurde. Es gab auch Rom:nja, die aktiv am lokalen, öffentlichen Leben und den Institutionen der Gemeinden teilnahmen.

Bereits in den 1960er, den 1980er und 1990er Jahren kam es zur Abwanderung von Kosovo-Rom:nja, Aschkali:ke und Ägypter:innen nach Westeuropa. Mit dem Zerfall Jugoslawiens wurden viele Rom:nja arbeitslos, viele hatten auch aufgrund der Diskriminierung wenige Möglichkeiten am Arbeitsmarkt. Dabei gingen die Menschen oft dorthin, wo sie bereits Familienangehörige oder Bekannte hatten, wie z.B. nach Deutschland, Österreich oder andere Länder in Westeuropa. Mit der Aufhebung der Autonomie des Kosovo Ende der 1980er Jahre spitzte sich die Krise zwischen der serbischen und albanischen Bevölkerung, aber auch für kleinere Minderheiten, zunehmend zu. Einige verließen das Land, um dem absehbaren Konflikt zu entgehen. Mit Ausbruch der kriegerischen Auseinandersetzungen gerieten Rom:nja, Aschkali:ke und Ägypter:innen im Kosovo zwischen die Fronten der albanischen und serbischen Kriegsparteien und wurden verfolgt und vertrieben. Auch von den gewaltsamen Übergriffen, die 2004 aufflackerten, waren Rom:nja, Aschkali:ke und Ägypter:innen betroffen, vor allem jene, die in Nachbarschaft mit Serb:innen lebten.

Flucht und Vertreibung von Rom:nja, Ashkali:ke und Ägypter:innen im Kosovo Konflikt

Im Jahr 1989 hob der damalige Präsident der Sozialistischen Republik Serbiens (ab 1990 Republik Serbien), Slobodan Milošević, die Autonomierechte des Kosovo auf und entmachtete das kosovarische Regionalparlament. Mit der einhergehenden zunehmenden Unterdrückung der kosovarischen Albaner:innen, die die Mehrheit der Bevölkerung im Kosovo bildete, und durch die gezielte Umsiedlungspolitik war der kriegerische Konflikt zwischen Serb:innen und Kosovo-Albaner:innen, der vom 28. Februar 1998 bis zum 10. Juni 1999 andauerte, vorprogrammiert.

Über 800.000 Menschen wurden vertrieben und an die 650 Ortschaften zerstört. Auch Rom:nja, Aschkali:ke und Ägypter:innen wurden dabei zu Opfern von Gewalt, kriegerischer Auseinandersetzung und Vertreibung von beiden Seiten der Konfliktparteien, obwohl sie nicht

¹⁶ Eine Tekke ist das Zentrum einer Sufi-Bruderschaft (Derwisch-Orden) und dient u.a. als Raum um religiöse Zeremonien abzuhalten.

unmittelbar am Konflikt beteiligt waren. Zudem wurden Rom:nja, Aschkali:ke und Ägypter:innen Opfer einer massiven Vertreibung und Gewalt kurz vor und unmittelbar nach Ende des Krieges im Juni 1999, als eine große Anzahl von Kosovo-Albaner:innen zurückkehrte und obzwar bereits KFOR-Truppen im Land waren. In vielen Orten entlud sich die Wut albanischer Rückkehrer:innen und albanischer Extremisten an Rom:nja, Aschkali:ke und Ägypter:innen und anderen Minderheiten.

Die Vertreibung widerspiegelte die bestehende ablehnende Haltung, Diskriminierung und Rassismus gegen Rom:nja, Aschkali:ke und Ägypter:innen in der kosovarischen Gesellschaft, aber auch das Versagen der internationalen Gemeinschaft, die Interessen und Schutz für Minderheitengruppen durchzusetzen, die über keine staatliche Lobby oder Schutzmacht verfügen.

So wurde eine der größten Roma-Siedlungen am westlichen Balkan, die Roma-Mahala „Fabricka“ in Mitrovica/Mitrovicë mit 8.000 Einwohner:innen noch im Juni 1999, unmittelbar vor Ende des Konflikts, zerstört. Alle Einwohner:innen wurden quasi vor den Augen der KFOR-Soldaten vertrieben und die Siedlung angezündet, an die 750 Häuser wurden dem Erdboden gleichgemacht. Die KFOR-Soldat:innen vor Ort verhinderten weder die Brandstiftung und Zerstörung noch die Vertreibung der 8.000 Menschen. Auch in der Hauptstadt Pristinë/Priština wurde die zentral gelegene Roma-Mahala vollkommen zerstört, insgesamt wurden aus der Hauptstadt an die 10.000 Rom:nja, Aschkali:ke und Ägypter:innen vertrieben.

Im gesamten Kosovo verloren über 100 000 Rom:nja, Aschkali:ke und Ägypter:innen ihre Häuser und flüchteten in angrenzende Regionen, nach Montenegro (an die 10 000), Nordmazedonien (ca. 6000?)¹⁷ oder nach Serbien (40 -50 000) oder weiter nach Westeuropa. Ein größerer Teil ging nach Deutschland (etwa 40.000), weitere nach Österreich, Schweden, in die Schweiz oder nach Frankreich. Von den verbleibenden über 30.000 Rom:nja, Aschkali:ke und Ägypter:innen wurde ein Großteil zu Binnenflüchtlingen im Kosovo. Nur sehr wenige blieben von Verfolgung, Vertreibung und Flucht verschont; Rom:nja, Aschkali:ke oder Ägypter:innen wurde den Kosovo_Albaner:innen unterstellt, „Kollaborateure der Serb:innen“ gewesen zu sein, selbst wenn sie über Generationen in enger Nachbarschaft und Austausch mit der albanischen Bevölkerung gelebt hatten.

Die Mehrheit der vertriebenen Kosovo-Rom:nja, Aschkali:ke und Ägypter:innen mussten nahezu eine Dekade unter desaströsen und menschenunwürdigen Umständen ausharren und viele von ihnen haben bis heute keine Perspektive auf eine bessere Zukunft. Das betrifft sowohl Rom:nja, Aschkali:ke und Ägypter:innen, die in die umliegenden Länder in der Region oder nach Westeuropa geflohen sind, oder auch innerhalb des Kosovo als Vertriebene in einer Fluchtunterkunft ausharren mussten.

¹⁷ Die berichteten Zahlen müssen immer aus der Zeitperspektive gesehen werden. In der Krise kam es zu einer Fluchtdynamik, die auch die Zahlen beeinflusste. Aus Nord-Mazedonien beispielsweise sind einige in den ersten Jahren weiter nach Montenegro und Serbien geflohen. Siehe auch: UNHCR - Kosovo Crisis Update <https://www.unhcr.org/news/updates/1999/7/3ae6b80920/kosovo-crisis-update.html?query=Kosovo%20Roma%20in%20Montenegro>; Human Rights Watch: HRW <https://www.hrw.org/legacy/backgrounder/eca/macedonia1203/2.htm>.

Dabei wurde insbesondere die unerträgliche Situation von Romani-Flüchtlingen in den bleikontaminierten Lagern in der Region Mitrovica/ Mitrovicë und der schwierige Wiederaufbau von Häusern in der ehemaligen Roma-Mahala Fabricka in Süd-Mitrovica/ Mitrovicë (Stadt) ein Sinnbild für die Diskriminierung der Rom:nja, Aschkali:ke und Ägypter:innen in der Rückkehrpolitik von Flüchtlingen im Kosovo. Bezeichnend für die Ungleichbehandlung ist aber auch die jahrzehntelange ungelöste Situation der Binnenflüchtlinge im Kosovo, von Kosovo-Rom:nja und Ägypter:innen in den Flüchtlingslagern Konik I und Konik II in Montenegro oder bei Skopje, Nordmazedonien, die Nicht-Anerkennung vieler geflüchteter besonders vulnerabler Rom:nja, Aschkali:ke und Ägypter:innen als intern Vertriebener in Serbien, oder auch die Asyl- und Repatriierungspolitik gegenüber Kosovo-Rom:nja, Aschkali:ke und Ägypter:innen in Westeuropa.

Diskriminierung vertriebener Rom:nja, Aschkali:ke und Ägypter:innen beim Rückkehr- und Reintegrationsprozess im Kosovo

Mit der UN-Resolution 1244 vom 10. Juni 1999 wurde die Grundlage für die Errichtung einer zivilen Übergangsverwaltungsmission im Kosovo und die Stationierung von KFOR-Truppen zur Stabilisierung und für die Sicherheit in der Region geschaffen. Damit sollte auch eine humanitäre Lösung der Flüchtlingsfrage und Zeit für den Wiederaufbau von demokratischen Strukturen gewährleistet werden. In der Folge kam es zu einer interimistischen Selbstregierung im Kosovo, die durch internationale Präsenz unterstützt wurde. Um eine rasche humanitäre Rückführung von Geflüchteten und intern Vertriebenen entsprechend internationaler Standards zu ermöglichen, wurden Richtlinien für die Durchführung des Rückkehrprozesses insbesondere auch für die Rückkehr und Reintegration von Minderheiten erarbeitet.¹⁸

Die internationale Gemeinschaft stellte in den Folgejahren ein großes technisches und finanzielles Investment für den Wiederaufbau des Kosovo zur Verfügung. Dazu zählte Expertise für die Entwicklung von politischen und rechtlichen Rahmenbedingungen, einschließlich rechtlicher Standards für Minderheiten, Aufbau und Stärkung nationaler und lokaler Institutionen und personeller Ressourcen sowie Maßnahmen zur Stärkung der Sicherheit und Stabilisierung des Landes. Trotzdem war die Rückkehr von Minderheiten und hier insbesondere der Rückkehr- und Reintegrationsprozess von Kosovo-Rom:nja, Aschkali:ke und Ägypter:innen sehr langsam und mäßig erfolgreich und stellt bis heute eine große Herausforderung dar.

Dies hatte einerseits mit der Dynamik des Konfliktes und der traumatisierenden Vertreibung zu tun, andererseits aber auch mit der prekären Sicherheitssituation für Minderheiten im Post-Konflikt-Kosovo und den geringen Perspektiven für eine soziale und wirtschaftliche Zukunft.

In der ersten Phase der Rückkehr, unmittelbar nach dem Konflikt, war ein sehr großer Flüchtlingsrückstrom in kurzer Zeit zu versorgen. Dies war nur durch eine relativ unbürokratische Abwicklung möglich. Es galt, möglichst schnell Unterkünfte für die Menschen zu schaffen. Bei den

¹⁸ Siehe insbesondere UNMIK (2003): Manual for Sustainable Return, https://reliefweb.int/sites/reliefweb.int/files/resources/A5C2DEEB4D4222C3C1256DDC0034CB9E-Refugees_UNMIK_January03.pdf und UNMIK (2006): Revised Manual for Sustainable Return.

weiteren Rückkehrphasen wurden zunehmend Prozesse, Kriterien und Standards erarbeitet, die entsprechend der Guidelines für die nachhaltige Rückführung und Reintegration einzuhalten waren.¹⁹ Anfangs konzentrierte sich die internationale Gemeinschaft vor allem auf den Wiederaufbau der Häuser und die Rückkehr von Kosovo-Albaner:innen wie auch die sicherheitspolitische schwierige Rückkehr von Kosovo-Serb:innen in einer Minderheitensituation. Im Zuge des zunehmenden Wiederaufbaus zeigte sich auch, dass die Rückführung von Menschen in einer Minderheitensituation vor Ort sicherheitspolitisch eine große Herausforderung war und die Bewegungsfreiheit der Menschen beträchtlich einschränkte. Daher war für viele in den ersten Jahren auch eine Rückkehr in die Heimatorte nicht möglich. Zudem waren viele der Rom:nja, Aschkali:ke und Ägypter:innen von der gewaltsamen Vertreibung schwer traumatisiert und konnten sich eine Rückkehr in die zerstörten Orte, unter den nun veränderten lokalen Bedingungen, kaum vorstellen.

Im breiteren, öffentlichen Diskurs über den Krieg und die Krise im Kosovo ging es in erster Linie immer um die Interessen und Situation der Kosovo-Serb:innen und Kosovo-Albaner:innen, die Ursachen und Folgen des Krieges und die Möglichkeiten, ein multi-ethnisches Kosovo aufzubauen. Die Situation der kleineren Minderheiten war dabei nur ein Nebenschauplatz und eine breitere Diskussion über das Unrecht und die Verantwortung für die Vertreibung der Rom:nja, Aschkali:ke und Ägypter:innen gab es in der unmittelbaren Wiederaufbauphase nicht. Wie prekär die Sicherheitssituation von Rückkehrer:innen in den ersten Nachkriegsjahren waren, zeigte sich auch an den grausamen Morden an Roma- und Aschkali-Männern, die in den ersten Tagen nach ihrer Rückkehr von Unbekannten ermordet wurden.²⁰

Aber auch in vielen anderen Bereichen zeigte sich, dass die breitere Bevölkerung nicht bereit war Rom:nja, Aschkali:ke und Ägypter:innen aufzunehmen bzw. normative Regelungen so gestaltet und ausgelegt wurden, dass sie zu unüberwindbaren Hindernisse im Rückkehrprozess für Roma:nja, Aschkali:ke und Ägypter:innen wurden, die einer Rückkehr zugestimmt hatten.

Wie sich zeigte, waren insbesondere das Erbringen von Besitz-, Bau- und Personaldokumenten für die Wiedererrichtung der Häuser, der Widerstand gegen eine Rückführung von Seiten der ansässigen Bevölkerung oder gar Behinderung der Rückkehr seitens lokaler und nationaler Behörden große Hindernisse und vom „Goodwill“ der Behörden abhängig.²¹

Für einen großen Teil von Rom:nja, Aschkali:ke und Ägypter:innen war es daher schwierig, die Kriterien für den Wiederaufbau ihrer Häuser zu erfüllen. Viele konnten nicht die geforderten Personaldokumente und/oder Eigentums- und Baudokumente für die Häuser vorweisen, da sie

¹⁹ UNMIK (2003): Manual for Sustainable Return, https://reliefweb.int/sites/reliefweb.int/files/resources/A5C2DEEB4D4222C3C1256DDC0034CB9E-Refugees_UNMIK_January03.pdf und UNMIK (2006): Revised Manual for Sustainable Return

²⁰Vor allem dort wo Rom:nja, Aschkali:ke und Ägypter:innen an Orte zurückkehrten, wo sie in der Minderheit waren, war ihre Sicherheit gefährdet. Siehe UNHCR OSCE (August, 2001): Assessment of the Security Situation of Ethnic Minorities in Kosovo, <https://www.unhcr.org/3c625c8d4.pdf>, S 108

²¹ Siehe auch: UNHCR (9 November 2009): UNHCR Eligibility Guidelines for Assessing the International Protection needs of Individuals from Kosovo´ S. 16ff, <https://www.refworld.org/pdfid/4af842462.pdf>

entweder nie vorhanden gewesen waren, im Krieg zurückgelassen werden mussten oder zerstört wurden oder mit den Katastern in Serbien disloziert waren. Manche konnten keine Geburtsurkunden oder andere Personaldokumente vorlegen, hatten keinen Nachweis über den Besitz oder Baugenehmigung, oder die Besitzverhältnisse, die sich über Generationen verändert hatten, waren nicht behördlich dokumentiert. Manchmal hatten die Rückkehrer einige, aber nicht alle der geforderten Dokumente. Gemeinden waren oft wenig kooperativ, um die Herkunft der Geflüchteten zu bestätigen, Nachbar:innen, die diese hätten bezeugen können, waren oft nicht mehr vor Ort oder auffindbar.

Für jene Menschen, die in einer informellen (irregulären) Siedlung gelebt hatten, war nun die Legalisierung der Häuser notwendig, was auch teils in der Flächenwidmung berücksichtigt werden musste. In vielen Fällen aber waren die Gemeinden nicht gewillt, das Land, auf dem ehemals Rom:nja, Aschkali:ke und Ägypter:innen über Generationen gelebt hatten, für die Wiedererrichtung der Wohnungen und Häuser zu widmen, um eine Rückkehr der Vertriebenen zu ermöglichen. In vielen Gemeinden wurden die ehemaligen Siedlungen von Rom:nja, Aschkali:ke und Ägypter:innen in den neuen Städte- und Flächenwidmungsplänen nicht berücksichtigt oder totgeschwiegen. So gab es keine Diskussion über die Zerstörung der Häuser von nahezu 10.000 Rom:nja in Pristinë/Priština, die im Bezirk Morvaska mitten im Stadtzentrum neben dem City Park gelebt hatten und deren Häuser total zerstört wurden. In Peć/Peja blieben nur wenige Häuser des Wohnbezirks (80 der 1.600) von Rom:nja und Ägypter:innen verschont. Aber auch für kleinere Siedlungen oder für individuelle Häuser gestaltete sich ein Wiederaufbau für Rückkehrer:innen als schwierig, wenn nicht alle Dokumente vorgelegt werden konnten oder die Bevölkerung vor Ort dies ablehnte.

Die Legalisierung von Häusern und die Bereitstellung von Grund und Boden betraf auch viele Rückkehrer:innen anderer ethnischer Minderheiten; sie hatten jedoch den Vorteil, dass Legalisierungen und Bereitstellungen unmittelbar nach dem Konflikt großzügiger durchgeführt wurden und es zudem teils weniger Widerstand seitens der ansässigen Bevölkerung und Gemeinden gab.

Auch unbeachtet blieb bisher die Frage der Verantwortung. Keiner der Täter:innen der Verfolgung und Vertreibung der Roma:nja, Aschkali:ke und Ägypter:innen wurde vor Gericht gestellt, wie es auch keine breitere Debatte über die Vertreibung der Gemeinschaften aus dem Kosovo gab und gibt.

Im Jahr 2009, zehn Jahre nach dem Konflikt, waren nach wie vor geschätzte 40.000 bis 50.000 vertriebene Kosovo-Rom:nja, Aschkali:ke und Ägypter:innen in Serbien, an die 5.000 in Montenegro, ca. 2.000 in Nordmazedonien, an die 40.000 in Westeuropa (vorwiegend in Deutschland) und an die 790 intern Vertriebene im Kosovo.

Die vertriebenen Kosovo-Rom:nja, Aschkali:ke und Ägypter:innen waren aber auch nicht in den Ländern in der Region willkommen. Das serbische Flüchtlingskommissariat hat nur etwa die Hälfte der vertriebenen Kosovo-Rom:nja als intern Vertriebene anerkannt und versorgt, die anderen geschätzten 20.000, die keine Personaldokumente über ihre Herkunft vorweisen konnten, mussten sich behelfsmäßige Unterkünfte errichten, oder siedelten sich in anderen

Armutssiedlungen von Rom:nja in Serbien an und waren auf humanitäre Hilfe angewiesen. Viele von ihnen haben über zwei Jahrzehnte vergeblich auf Rückkehr oder eine alternative Zukunftsperspektive gewartet. Kinder wurden geboren, die keinen Bezug zur Heimat ihrer Eltern hatten, aber auch keine rechtliche Identität erhalten haben, da ihre Eltern ihre Personaldokumente nicht regeln konnten. Über die Jahre schwand auch die Motivation, nach Kosovo zurückzukehren.

So ergab eine Umfrage des UNHCR im Jahr 2010 unter den vertriebenen Rom:nja, dass trotz der schwierigen Lebenssituation, der desaströsen Wohnbedingungen, wirtschaftlicher Unsicherheit und geringer Perspektive der Kinder auf Bildung und Qualifizierung, nur 8,8% der Vertriebenen bereit seien, in den Kosovo zurückzukehren (im Vergleich dazu waren 2007 noch an die 20,5% dazu bereit). Eine Rückkehr wird dabei aus folgenden Gründen abgelehnt: Sicherheitsbedenken, Diskriminierung, unsichere Zukunftsperspektiven für die Kinder, kein Vertrauen in kosovarische Institutionen. Für jene, die sich eine Rückkehr vorstellen können, müssten Wohnraum/Häuser geschaffen und Unterstützung zur Sicherung eines Einkommens sowie rechtlicher Beistand gewährleistet werden.²²

Aber auch in Montenegro gab es für die etwa 1.600 Kosovo-Rom:nja und Ägypter:innen im Flüchtlingslager Konik I und Konik II 15 Jahre nach dem Konflikt noch keine konkrete Perspektive auf eine bessere Zukunft.

Fallbeispiel Mitrovica/Mitrovicë : Humanitäre Flüchtlingskrise im Kosovo

Im Kosovo führte die Vertreibung der 8.000 Rom:nja aus der Mahala Fabricka in Süd-Mitrovica/Mitrovicë und deren Unterbringung in den Arbeiterbaracken der Trepča-Bleimine zu einer humanitären Krise. Einige Hundert flohen in der Nacht der Zerstörung der Roma Mahala am 21. Juni 1999²³ nach Nord-Mitrovica, wo sie in der Notsituation vorerst „temporär“ in den Baracken der Trepča-Mine in Česmin Lug und im Žitkovac Camp sowie in den in der Nähe gelegenen Orten Zvečan und Leposavić untergebracht wurden.

Auch Kosovo-Rom:nja, Aschkali:ke oder Ägypter:innen, die in den ersten Jahren aus dem Ausland zurück geführt wurden, wurden in diesen Lagern untergebracht, sodass die Kapazität alsbald an ihre Grenzen stieß und sich weitere Personen in den nahegelegenen Kablar-Baracken der ehemaligen Minenarbeiter niederließen.

Im Jahr 2000 schloss die UNMIK-Verwaltung mit Hilfe der KFOR den Blei-Schmelzofen in Mitrovica/Mitrovicë, um die umliegende Bevölkerung vor den bestehenden Gesundheitsrisiken

²² Siehe UNHCR (2011): Assessment of the Needs of Internally Displaced Persons in Serbia, S.33 ff, https://www.praxis.org.rs/images/praxis_downloads/IDPneeds%20assessment%20final.pdf.

²³ Siehe The Human Rights Advisory Panel (26 February 2016): N.M. and Others versus UNMIK, Case No. 26/, S 5.,

<https://www.law.umich.edu/facultyhome/drwcasesbook/Documents/Updates/Chapter%203%20Problem%203%20N.M.%20and%20Others%20v.%20UNMIK.pdf> In der Literatur wird der 15/16 oder auch 18/19 Juni für die Zerstörung der Roma Mahala angegeben. Die Mahala hat über mehrere Tage gebrannt.

einer Bleivergiftung zu schützen. In den Jahren 2004 und 2005 schließlich führte die WHO Analysen und Blutuntersuchungen der Menschen vor Ort durch und kam zu dem Schluss, dass insbesondere die Rom:nja-Flüchtlinge in diesen Lagern einer schweren Bleivergiftung ausgesetzt waren, die erhebliche, irreparable Gesundheitsschäden zur Folge haben. Dabei wurde insbesondere bei Kindern eine erhebliche Bleivergiftung und gesundheitliche Folgeschäden festgestellt. Ein Grund für die höhere Kontaminierung war, dass die Böden in den Lagern nicht asphaltiert waren, Kinder oft draußen in Bodennähe spielten oder auch Erwachsene draußen saßen, keine ausreichenden Sanitäranlagen vorhanden waren, die erforderliche Hygiene ermöglichten, und die Flüchtlinge über keine ausgewogene gesunde Ernährung verfügten. Ebenso verurteilte der kosovarische Ombudsmann die Situation der Vertriebenen, die Armut und Hunger ausgeliefert waren und keine grundlegende Hygiene und Gesundheitsstandards in den Flüchtlingslagern erhielten.

Durch die Unterstützung von Menschenrechtsaktivist:innen und Hilfsorganisationen konnte eine internationale Öffentlichkeit für die Gesundheitskrise und Bleivergiftung der Rom:nja-Flüchtlinge geschaffen und so der Druck erhöht werden, dieser Menschenrechtsverletzung ein Ende zu setzen. Schließlich wurde eine Übergangslösung für einige der Familien aus den Kablar-Baracken und dem Lager in Žitkovac ermöglicht. Im April 2006 schließlich wurde zumindest ein Teil der Flüchtlinge in das Camp Osterode, das zuvor französischen KFOR-Soldaten drei Jahre als Unterkunft gedient hatte, transferiert. Im August des Jahres erhielten die Flüchtlinge dann eine Chelat-Therapie.²⁴ Bis dahin waren die Menschen jedoch sieben Jahre der gesundheitsschädigenden Bleikontaminierung ausgesetzt gewesen.

Roma in Česmin Lug verweigerten jedoch eine Übersiedlung ins Camp Osterode in Nord Mitrovica/Mitrovicë. Nach sieben Jahren „Lagerleben“ wollten sie keine weitere „temporäre Lösung“, sie hatten das Vertrauen verloren und forderten ihr Recht nach Rückkehr an ihren Herkunftsort und den Wiederaufbau ihrer Häuser in der Mahala in Mitrovica/Mitrovicë. Der Wiederaufbau der Mahala aber wurde von der Gemeinde verweigert, mit dem Argument, die Rom:nja besäßen keine Dokumente, die den Besitz von Grund und Boden oder der Häuser bestätigten. Nur einigen wenigen, die Besitzdokumente aufweisen konnten, wurde ein Wiederaufbau ihres Hauses und die Rückkehr ermöglicht. Die ehemalige Mahala befand sich Nahe des Zentrums direkt am Ibar-Fluss, ein städtebaulich interessantes Gelände. Durch erheblichen internationalen Druck jedoch gelang es, eine Kompromisslösung zu verhandeln und mit dem Bau von einem Appartementblock mit Sozialwohnungen zu beginnen, der Vertriebenen, die keine Besitzdokumente vorweisen konnten, Unterkunft geben sollte. Im Juni 2007 schließlich konnten an die 460 Menschen in die Mahala zurückkehren (teils Roma-Flüchtlinge aus den Camps und aus der Region). Nach wie vor aber mussten Flüchtlinge in Osterode und Česmin Lug verbleiben.²⁵

Eine weitere medizinische Untersuchung der Flüchtlinge im Jahr 2008 ergab, dass die Menschen, und insbesondere einige der Kinder in Osterode, noch immer gesundheitsschädigend mit Blei kontaminiert waren. Einige der Menschen waren zu dem Zeitpunkt nahezu eine Dekade vertrieben,

²⁴ OSCE Mission to Kosovo (February, 2009): Background Report Lead Contamination in Mitrovica/Mitrovicë affecting the Roma community, <https://www.osce.org/kosovo/36234>.

²⁵ Siehe HRW (2009): Poisoned by Lead A Health and Human Rights Crisis in Mitrovica's Roma Camps, S 14ff, https://www.hrw.org/sites/default/files/reports/kosovo0609webwcover_1.pdf.

manche der Kinder in den Lagern geboren. Im Jahr 2009, eine Dekade nach der Vertreibung der Rom:nja aus ihren Häusern, forderte die WHO schließlich die unmittelbare Schließung von Osterode und Česmin Lug.

Erst im Oktober 2010 konnten die bleiverseuchten Lager endgültig aufgelöst und die Menschen in die neu errichteten Wohnblocks übersiedelt werden. Heute gibt es wieder eine überschaubare Roma-Gemeinschaft in Mitrovica/Mitrovicë Süd. Auf dem Gelände der ehemals 17,5 ha umfassenden Siedlung stehen nun auf einem Viertel der ursprünglichen Fläche drei Apartmentblocks, einige Reihenhäuser, Gemeinschaftsgebäude und Wohnhäuser. An die 600 Menschen wurden zurückgeführt, darunter auch Rom:nja und Aschkali:ke aus der angrenzenden Region oder Personen, die aus Deutschland abgeschoben wurden. Bis heute ist nur ein Bruchteil der ehemaligen Romani-Bevölkerung aus der Mahala zurückgekehrt, allein um diesen eine gute wirtschaftliche und soziale Perspektive zu geben, braucht es nachhaltige Investitionen, die auch an den persönlichen Beziehungen zwischen Mehr- und Minderheiten vor Ort ansetzen.

Zudem benötigen jene Menschen, die mit den Langzeitfolgen der Bleivergiftung zu kämpfen haben, medizinische Versorgung und Unterstützung – eine nach wie vor ungelöste Frage. Einige der betroffenen Rom:nja hatten beim UN Beratungsausschuss gegen die UN-Verwaltung eine Beschwerde eingebracht. Im Jahr 2016 entschied der UN-Beratungsausschuss für Menschenrechte, dass die UNMIK die Rechte der Betroffenen verletzt hat, da sie seit dem Jahre 2000 über die Gesundheitsrisiken informiert war. Durch die Unterbringung der Flüchtlinge in den mit Blei kontaminierten Lagern hat UNMIK insbesondere das Recht auf Leben und das Recht auf Gesundheit der Menschen verletzt. In seinen Empfehlungen rief der Beratungsausschuss UNMIK auf, sich bei den Betroffenen zu entschuldigen und Entschädigungsleistungen vorzunehmen. Beides blieb bisher aber aus.²⁶

Fallbeispiel Rudesh/Rudeš: Rückführungsinitiative der Gemeinde für Kosovo-Ägypter:innen wird von der Etablierung der Schutzzone um Kulturgüter durchkreuzt

Die kleine Ägypter:innen-Gemeinschaft aus etwa 70 Familien lebte seit den 1950er Jahren in Rudesh/Rudeš, in der Nähe des Klosters Gorioč, in der Gemeinde Istog/Istok im Westen des Kosovo. Im Juni 1999 wurden die Familien von UNMIK und KFOR evakuiert, da ihre Sicherheit gefährdet war, und nach Montenegro gebracht. Ihre Häuser wurden unmittelbar danach von kriegerrischen Parteien dem Erdboden gleichgemacht. Im Jahr 2001 errichtete die Gemeinde auf einem Teil des ehemaligen Wohngebietes einen Friedhof. Im Jahr 2003 wurde einigen der geflüchteten Familien eine Rückkehr und Wiedererrichtung ihrer Häuser angeboten (die Hälfte der ehemals 70 Familien war bereits weiter nach Westeuropa migriert). Die Gemeinde startete 2004 mit den Vorbereitungen, um die ehemalige Siedlung zu legalisieren und die Rückkehr für 25 Familien vorzubereiten. 2006 musste die Planung jedoch abgebrochen werden, da die

²⁶Siehe dazu HRW (7. September 2017): UN: Opfer von Bleivergiftung im Kosovo entschädigen Familien und Kinder bleiben krank und mittellos zurück, <https://www.hrw.org/de/news/2017/09/07/un-opfer-von-bleivergiftung-im-kosovo-entschaedigen#>

internationale Gemeinschaft eine Schutzzone um das serbische Kloster Gorioč zog, die das ehemalige Wohngebiet der Ägypter:innen miteinschloss.²⁷ Damit wurde für das Projekt Rückkehr an den ehemaligen Wohnort keine weitere Genehmigung erteilt. 2008 schließlich versuchte die Gemeinde, den Familien als Alternative die Rückkehr in die nahegelegene Ortschaft Srbobran/Srbobranë anzubieten. Dagegen aber protestierte die ansässige Bevölkerung und es kam zu einem weiteren Aufschub. Schließlich wurde ein entlegenerer Ort in der Gemeinde Srbobran/Srbobranë gefunden, der jedoch keine Anbindung an gute Infrastruktur oder öffentliches Leben, einschließlich Schule, bot. Anfang 2009 waren nur noch sechs der Familien aus Rudes/Rudeš daran interessiert, diese Alternative für eine Rückkehr in den Kosovo, aber an einen anderen als an den angestammten Ort, anzunehmen.²⁸

Die beiden unterschiedlichen Fallbeispiele zeigen die komplexe Situation, aber auch Fortführung von Diskriminierung und Rassismus gegen Rom:nja, Aschkali:ke und Ägypter:innen im Kosovo auf. Zudem weisen sie auf die Versäumnisse der internationalen Gemeinschaft hin, die Interessen und den Schutz von Rom:nja, Aschkali:ke und Ägypter:innen ausreichend zu berücksichtigen. Die langsame und verzögerte Durchführung von Rückführungsprogrammen für Angehörige der Minderheiten, aber auch die Inflexibilität der Bestimmungen und Umsetzung von Wiederaufbauprojekten und Häusern auf Basis von Einzelfallentscheidungen, haben in vielen Orten eine Rückkehr von Rom:nja, Aschkali:ke und Ägypter:innen in die angestammten Wohngebiete und Heimatorte untergraben.

In vielen Orten führte der Widerstand der lokalen Bevölkerung (teils auch die Vernachlässigung durch die internationale Gemeinschaft) zu einem äußerst langsamen und fragmentierten Rückkehrprozess, der sich in den ersten zehn Jahren vorwiegend auf die physische Rückführung und den Wiederaufbau konzentrierte, kaum aber Beziehungen zwischen den unterschiedlichen Ethnien restaurieren konnte.

In Reflexion, dass insgesamt der Rückkehrprozess für Minderheiten im Kosovo äußerst langsam und erfolglos verlief, wurde nach 15 Jahren nach dem Konflikt auch von der internationalen Gemeinschaft immer stärker Integration am Fluchtort forciert und technische Gespräche zwischen den verantwortlichen Regierungsvertretern aus Belgrad, Prishtina, Podgorica und Skopje geführt (Skopje-Prozess), die sich auf regionale Zusammenarbeit einigten, um den Vertriebenen aus dem Kosovo eine dauerhafte Lösung zu ermöglichen, entweder freiwillige, nachhaltige Rückkehr oder Integration am Fluchtort. Laut grober Schätzung von UNHCR gab es 2020 von den 200.000 Vertriebenen (mehrheitlich Serb:innen) aus dem Kosovo in der Region (vor allem in der Republik Serbien) an die 69.627 Personen, die Bedarf an einer nachhaltigen Lösung ihrer Situation hatten. Allerdings bedarf dies finanzieller Mittel, die nur dann aufgestellt werden können, wenn Kosovo

²⁷ Karoly, Mirjam (2007-2009): Persönliche Notizen aus der Feldarbeit im Kosovo im Zeitraum von Juni 2007 – Juli 2009 (Ms., unpubliziert).

²⁸ Karoly, Mirjam (2007-2009): Persönliche Notizen aus der Feldarbeit im Kosovo im Zeitraum von Juni 2007 – Juli 2009 (Ms., unpubliziert).

dafür ein gutes Managementsystem aufstellt und der Prozess von allen Beteiligten unterstützt wird.²⁹

Rückführung von Kosovo-Rom:nja, Aschkali:ke und Ägypter:innen: Beispiel Deutschland

Während vertriebenen Rom:nja, Aschkali:ke und Ägypter:innen im Kosovo und der angrenzenden Region den Status von Flüchtlingen und Binnenvertriebenen hatten, war dies in Westeuropa nicht der Fall. Die Menschen mussten um Asyl oder einen anderen Aufenthalt ansuchen und waren bei Negativbescheid von einer Abschiebung bedroht, die aber aufgrund mangelnder Sicherheitssituation im Kosovo nicht durchgeführt werden konnte und mehrmals aufgeschoben wurde.

Trotz der Herausforderungen im Bereich Rückkehr und Reintegration von Rom:nja-, Aschkali:ke- und Ägypter:innen-Flüchtlingen gab es ab 2007 einen immer stärkeren Druck, vor allem von Seiten westeuropäischer Länder, mit dem Kosovo Rückführungsabkommen abzuschließen. Ziel war es, Personen aus dem Kosovo, unter anderem eine größere Anzahl von Rom:nja, Aschkali:ke und Ägypter:innen, rückzuführen, die keinen dauerhaften Aufenthalt bzw. kein Asyl erhalten hatten. Darunter waren auch viele Kinder, die in westeuropäischen Ländern geboren, dort aufgewachsen und in die Schule gegangen waren und kaum mit der Sprache und den Verhältnissen im Kosovo vertraut waren. In Deutschland beispielsweise haben im Zeitraum von 2004-2013 an die 28.000 Rom:nja, Aschkali:ke und Ägypter:innen ihren temporären Aufenthaltsstatus verloren und sollten daher das Land verlassen. Vor einer ähnlichen Situation standen einige tausend Rom:nja, Aschkali:ke und Ägypter:innen in anderen Ländern wie in Belgien, Frankreich, Österreich oder der Schweiz.³⁰ Seit 2007 hat die kosovarische Regierung Maßnahmen zur Rückübernahme von Menschen aus dem Kosovo entwickelt und in der Folge Rückübernahmeabkommen mit einer Reihe von EU-Staaten, aber auch Ländern in der Region geschlossen. Die Bemühungen verstärkten sich weiter mit der Aufnahme der Gespräche mit der EU über den Visaliberalisierungsprozess im Jahre 2012, dessen Fahrplan bis 2016 umgesetzt werden sollte, aber erst 2018 erreicht werden konnte. Trotzdem aber ist Kosovo bis heute das einzige Land in der Region, das keine Visumsfreiheit hat.³¹

Parallel zu den Abkommen mit dem Kosovo wurden von EU-Ländern auch Rückübernahmeabkommen mit Serbien abgeschlossen. Damit wurde die rechtliche Grundlage geschaffen, Menschen aus dem Kosovo, die keinen dauerhaften Aufenthalt erhalten hatten, freiwillig oder zwangsweise, in den Kosovo oder alternativ nach Serbien rückzuführen. Deutschland beispielsweise hat 2008 ein Rückübernahmeabkommen mit Serbien abgeschlossen. Im gleichen

²⁹ UNHCR Briefing Note (August, 2020): European facilitated dialogue between Belgrade and Pristine, S. 5.

³⁰ Siehe Gesellschaft für bedrohte Völker Schweiz (November, 2015): Gefangen im Teufelskreis – Zwangsmigration von Roma, Aschakli und Balkan-Ägypter aus dem Kosovo, S. https://www.gfbv.ch/wp-content/uploads/kosovobericht_zusammenfassung_d-ch-1.pdf.

³¹ Im Mai 2016 empfahl die Europäische Kommission dem Rat die Aufhebung der Visumpflicht unter der Bedingung, dass Kosovo das Grenzfestlegungsabkommen mit Montenegro zustimmt und Fortschritte bei der Bekämpfung von organisierter Kriminalität und Korruption macht. Beides wurde mit Juli 2018 erreicht. Trotzdem haben EU-Mitgliedsländer einer Visaliberalisierung bisher nicht zugestimmt. Siehe auch: https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/IP_18_4562.

Jahr wurde im Rahmen des Repatriierungsabkommens mit Kosovo verhandelt, dass die Anzahl der Menschen, die nach Kosovo rückgeführt werden, die Anzahl von 2.500³² nicht übersteigen wird. Am 27. Februar hatte Kosovo die Unabhängigkeit erklärt und am 9 April 2008 hat das Parlament die Verfassung des Kosovo angenommen, die mit 15. Juni 2008 in Kraft trat. Damit übernahmen die Kosovo-Institutionen auch zunehmend weiter Verantwortung wie beispielsweise in der Durchführung von Rückkehrprozessen.

Zwischen 1999 und dem 31. August 2009 wurde 114.092 Menschen aus Deutschland in den Kosovo rückgeführt, die Mehrheit davon im Rahmen der freiwilligen Rückkehr, die vor allem zwischen 1999 und 2001 stattfand. In den Folgejahren war die Anzahl der erzwungenen Rückkehrer:innen höher als jene der freiwilligen. Während vorerst Kosovo-Albaner:innen rückgeführt wurden, wurden ab dem Jahre 2003 auch Minderheitenangehörige wie Ägypter:innen und Aschkali:ke repatriiert. Ab 2005 waren davon auch Rom:nja betroffen, wenn sie für eine schwere Straftat verurteilt waren. Ab dem Jahre 2009 schließlich konnten Rom:nja ohne diese Einschränkung abgeschoben werden. Im gleichen Jahr hat der UNHCR noch Serb:innen, Albaner:innen in einer Minderheitensituation sowie Rom:nja im gesamten Kosovo als Risikogruppe eingestuft, die in ihrer Bewegungsfreiheit und der Durchsetzung ihrer Rechte (Menschenrechte) ernsthaft eingeschränkt und von gesellschaftlicher und institutioneller Diskriminierung betroffen sind, die ihre politischen, sozialen und wirtschaftlichen Möglichkeiten beeinträchtigen. Außerdem kommt es immer wieder zu gewaltsamen Übergriffen. Es wurde auch darauf verwiesen, das aufgrund ähnlicher physischer und ethnischer Charakteristika Aschkali:ke und Ägypter:innen für Rom:nja gehalten werden könnten, und sie wie Rom:nja oft nicht über Personaldokumente verfügten, was den Zugang zu Sozial- und Gesundheitsdienstleistungen sowie zu Bildung erschwert.³³

Mit der einseitigen Unabhängigkeitserklärung des Kosovo wurden zunehmend auch Kosovo Rom:nja, Ägypter:innen und Aschkali aus Deutschland nach Serbien abgeschoben, aber auch dort erging es den repatriierten Personen nicht besser. Serbien hat nach wie vor mit einer adäquaten Versorgung der Vertriebenen der gesamten Region, vor allem auch aus dem Kosovo, zu kämpfen, und kaum Kapazitäten, zusätzliche Personen aufzunehmen und ihnen eine wirtschaftliche Perspektive zu geben. Zudem sind Rom:nja auch in Serbien Diskriminierung und Rassismus ausgesetzt und nicht willkommen. Ein Großteil der serbischen Rom:nja (geschätzte 200 -500.000) lebt marginalisiert in informellen Armutssiedlungen in Serbien. So enden viele der repatriierten Personen ohne jegliche Unterstützung in den Flüchtlingslagern, die für Kosovo-Flüchtlinge eingerichtet wurden, oder in den informellen Armutssiedlungen oder auf der Straße. Da die Menschen über keinen Wohnort in Serbien verfügen, können sie sich nicht registrieren und ihre Personaldokumente regeln, womit sie keine Möglichkeit haben, ihren Status zu regularisieren und in eine große Notlage gebracht werden. Der tragische Fall von der Abschiebung zwei junger Rom:nja aus Tuttlingen, Baden-Württemberg, Deutschland, im September 2019 repräsentiert eine Vielzahl ähnlicher Schicksale. Die beiden Frauen im Alter von 21 und 23 Jahren wurden in der Nacht abgeschoben und fanden sich am nächsten Tag in Belgrad wieder, ohne Pässe. Sie sprachen kein

³² Siehe UNICEF (2010): Integration Subject to Conditions, p. 23, https://www.unicef.org/socialpolicy/files/Integration_Subject_to_Conditions.pdf.

³³ UNHCR (2009): UNHCR's Eligibility Guidelines for Assessing the International Protection Needs of Individuals from Kosovo, <https://www.refworld.org/pdfid/4af842462.pdf>.

Serbisch, hatten kein Geld, und mussten nach einer Nacht das Hotel, wo sie in der Nacht ihrer Ankunft untergebracht wurden, verlassen. Sie hatten weder Kontakte, noch Familie in Serbien und landeten auf der Straße.³⁴

Insgesamt hat Deutschland ein komplexes System unterschiedlicher Aufenthaltstitel. Viele der Migrant:innen aus dem Kosovo, die mit der Arbeitsmigration seit den 60er Jahre nach Deutschland kamen, haben bereits die Staatsbürgerschaft oder eine permanente Aufenthaltsbewilligung. Andere, die seit den 80er Jahren nach Deutschland gekommen sind, erhielten Daueraufenthalt oder befristete Aufenthaltsbewilligung oder den Titel „Duldung“. Personen mit einer „Duldung“ hatten keinen legalen Aufenthaltsstatus, konnten aber auch nicht abgeschoben werden, sprich sie wurden auf bestimmte Zeit „geduldet“. Der Titel der „Duldung“ musste regelmäßig verlängert werden. Manche konnten über die „Duldung“ eine befristete Aufenthaltserlaubnis aus humanitären Gründen erwirken,³⁵ viele anderen aber ist es nicht gelungen, die „Duldung“ in einen Daueraufenthaltsstatus umzuwandeln³⁶, sie blieben oft zehn Jahre und länger in der Unsicherheit, innerhalb von kurzer Zeit das Land verlassen zu müssen. Dabei wurde der Titel der „Duldung“ „vererbt“: Die Kinder, die in Deutschland geboren wurden, deren Eltern aber „Duldung“ besaßen, erhielten den gleichen Aufenthaltstitel („Duldung“). Womit sie in großer Unsicherheit aufwuchsen, jederzeit das Land verlassen zu müssen. Daran konnten auch die Härtefallkommissionen, die ab 2004 in den Ländern eingerichtet wurden, wenig ändern.

Laut den Zahlen der Bundesländer vom 30. Juni 2009 waren von insgesamt 14.300 Personen mit Duldung 9.842 Kosovo-Rom:nja, 1.755 Aschkali:ke, und 173 Ägypter:innen. Wobei die Anzahl von Rom:nja, Aschkali:ke und Ägypter:innen zusammen 11.770 und 82% aller Personen aus dem Kosovo mit Duldung ausmacht.³⁷ Nahezu die Hälfte davon, an die 42-50%, waren zu dem Zeitpunkt Kinder³⁸, d.h zwischen 5.000-6.000 Kinder waren vom Risiko betroffen, in den Kosovo repatriiert zu werden, ein Land, das ihnen teils total unbekannt war.

Im Falle der Repatriierung wird zwischen ‚freiwilliger Rückkehr‘ und ‚erzwungener Rückkehr‘ unterschieden. Laut UNICEF Recherche um 2009-2010 erhielten Personen, die eine ‚freiwillige Rückkehr‘ unterzeichneten, bei der Rückkehr eine Unterstützung bei ihrer Ankunft, meist in Form von Information, wohin sie sich hinwenden können, kurzfristig auch Unterstützung für eine

³⁴ ATB (6.10.2029): Abschiebung nach einem Aufenthalt von mehr als 20 Jahren, <https://www.aktionbleiberecht.de/?p=16656>.

³⁵ UNICEF Kosovo and the German Committee for UNICEF (2010) : Integration, Subject to Conditions, S. 19 ff.

³⁶ Die Immigrationsgesetzgebung wurde zwischen 2001 – 2007/2009 immer wieder angepasst. Demnach konnte unter gewissen Voraussetzungen, etwa ununterbrochene Arbeit oder ununterbrochener Aufenthalt, keinen Empfang der Sozialhilfe, keine Vorstrafen und Grad der Integration, um eine permanente Aufenthaltsgenehmigung angesucht werden. Laut kritischen Stimmen aber konnten insbesondere die vulnerable Rom:nja, Aschkali:ke und Ägypter:innen die Voraussetzungen nicht erfüllen.

³⁷ Die restlichen 18 % sind 2.408 Kosovo Albaner:innen und 221 Kosovo- Serb:innen. Siehe UNICEF Kosovo and the German Committee for UNICEF (2010): Integration, Subject to Conditions, S. 19

³⁸ Die vier Länder mit einer größeren Anzahl von Kosovo-Rom:nja, Aschkali:ke und Ägypter:innen mit Duldung sind in Nordrhein-Westfalen, Niedersachsen, Baden-Württemberg, Sachsen-Anhalt. Siehe UNICEF Kosovo and the German Committee for UNICEF (2010): Integration, Subject to Conditions, S. 22.

Unterkunft. Während eine ‚freiwillige Rückkehr‘ geplant und geordnet abgewickelt wird, werden Personen, die zwangsweise rückgeführt werden, oft mitten in der Nacht aus dem Schlaf gerissen, haben nur wenig Zeit, ihre Sachen zu packen, bevor sie zum Flughafen gebracht werden.³⁹ Unfreiwillige Rückkehrer:innen erhielten im Kosovo keinerlei Unterstützung. Für Kosovo-Rom:nja, Aschkali:ke und Ägypter:innen, die vor dem Konflikt geflohen sind und von einer Rückkehr betroffen waren, bedeutete dies eine große Benachteiligung gegenüber jenen Flüchtlingen, die in der Region geblieben sind und die im Rahmen einer Rückkehr eine Unterkunft bekamen oder das Haus wiederaufgebaut bekamen, sowie Unterstützung für eine zumindest vorübergehende wirtschaftliche Existenzsicherung oder berechtigt waren, soziale Transferleistungen zu erhalten.⁴⁰

Dies bedingte einen Kreislauf der Migration bzw. einen zweiten Verlust der „Heimat“, denn für viele, die rückgeführt wurden, gab es weder wirtschaftliche Möglichkeiten zur Existenzsicherung, noch adäquaten Wohnraum oder Zugang zu sozialen und Gesundheitsdienstleistungen. Auch für viele Kinder wurde die Rückführung zu einer traumatischen Erfahrung der Abschiebung in ein Leben ohne Zukunftsperspektive. Viele sprachen nicht die Sprache, konnten ihren Bildungsweg nicht fortführen oder gar eine weitere Ausbildung machen und hatten kaum Chancen am Arbeitsmarkt. In vielen Fällen gestaltete sich auch die Integration in den Bildungsbereich als ein Hürdenlauf. So wurden Zeugnisse nicht anerkannt oder es fehlte an den erforderlichen Dokumenten. Wie sich zeigte, hatten auch viele der abgeschobenen Kinder keine Geburts- oder Personaldokumente und wurden so zu de-facto Staatenlosen. So ergab eine UNICEF-Umfrage 2009 bis 2010, dass von 173 befragten Personen, die in den Kosovo abgeschoben wurden, 65 Personen, darunter 48 Kinder, nicht im Kosovo registriert waren und keine Personaldokumente besaßen.⁴¹ Wenn auch Kosovo bemüht war zu demonstrieren, dass es in der Lage war, repatriierte Personen aufzunehmen und zu versorgen, so gab es weder ausreichend finanzielle Ressourcen noch Know-how oder auch eine Bereitschaft auf Gemeindeebene, den rückgeführten Personen einen Neuanfang zu ermöglichen. Im Gegenteil, bei einer Rückkehr in den Kosovo fanden sich Männer, Frauen und Kinder in einer prekären Armutssituation und Perspektivlosigkeit und stießen zudem oft auf Ablehnung der lokalen Bevölkerung. 2010 befragte UNICEF 50% aller Kosovo-Rom:nja, Aschkali:ke und Ägypter:innen Familien, die aus Deutschland oder Österreich zurückgeführt wurden. Jede zweite Familie hatte keine nachhaltige Unterkunft und war auf Mildtätigkeit anderer angewiesen, drei Familien landeten schließlich in den Flüchtlingslagern für intern Vertriebene.⁴² Auch gab es immer wieder Vorfälle von Gewalt und Tötung von Rückkehrer:innen.⁴³

³⁹ Siehe UNICEF Kosovo and the German Committee for UNICEF (2010) : Integration, Subject to Conditions, S. 19.

⁴⁰ Siehe Gesellschaft für bedrohte Völker Schweiz (November, 2015): Gefangen im Teufelskreis – Zwangsmigration von Roma, Aschkali und Balkan-Ägypter aus dem Kosovo, https://www.gfbv.ch/wp-content/uploads/kosovobericht_zusammenfassung_d-ch-1.pdf.

⁴¹ Siehe UNICEF Kosovo and the German Committee for UNICEF (2010) : Integration, Subject to Conditions, S. 65.

⁴² Siehe UNICEF Kosovo (2011): No Place to Call Home. Repatriation from Germany to Kosovo as seen an experienced by Roma, Ashkali and Egyptian children. S. 27.

⁴³ OSCE und UNHCR haben immer wieder darauf hingewiesen das die Sicherheit von Roma:nja, Aschkali:ke und Ägypter:innen in einer Minderheitensituation gefährdet ist und es zu Vorfällen zu Gewalt gegen diese Minderheiten komme. Am 19. Juli 2019 wurde Gani Rama, ein Kosovo-Rom, der aus Göttingen, Deutschland in den Kosovo abgeschoben wurde, schwer misshandelt in einer Straßenunterführung in

Viele zogen daraus die Konsequenz und verließen so schnell wie möglich wieder den Kosovo, zum Beispiel nach Montenegro oder Serbien, oder weiter nach Westeuropa. Laut Einschätzung von UNHCR haben in dem Zeitraum bis 2010 ca. 60 Prozent der repatriierten Personen den Kosovo wieder verlassen. Eine Umfrage der Gesellschaft für bedrohte Völker zwischen 2014 und 2015 ergab ähnliches, von 40 rückgeführten Familien, die 2014 befragt wurden, waren ein Jahr später nur noch 7 Familien (17,5%) vor Ort, 33 Familien hatten das Land wieder verlassen.⁴⁴

Laut UNHCR-Statistiken wurden im Zeitraum 2007-2010 insgesamt 9.980 Personen vor allem aus Westeuropa unfreiwillig in den Kosovo rückgeführt, 1.544 Personen (15,5 Prozent) davon waren Angehörige von Minderheiten. Insbesondere die Zahl der Serb:innen und Rom:nja stieg seit der Unabhängigkeit des Kosovo drastisch an, wobei Deutschland führendes Land in der Anfrage und Durchführung von Repatriierungen ist. So hat Deutschland von Jänner bis März 2010 596 Anfragen zur Rückführung an das kosovarische Innenministerium gestellt, fast die Hälfte aller Anfragen. In derselben Zeit wurden 283 Individuen zurückgeführt (20 Prozent von 1.429 Personen insgesamt).

Bis 2008 war UNMIK, UNHCR und die durchführende Organisation IOM für die Integration der zurückgeführten Personen zuständig. Mit Beginn des Jahres wurden diese Kompetenzen zunehmend den Kosovo-Institutionen übertragen und ab 1. November 2008 war das Innenministerium hauptverantwortlich in der Sache, wobei auf lokaler Gemeindeebene, entsprechend der „Strategie für die Reintegration Repatriierter Personen“, die Büros für Rückkehr und Reintegration zuständig sind. Der Transfer der Kompetenzen und die Durchführung der Agenden im Rahmen der Strategie wurden von der OSCE Mission vor Ort beobachtet, die in ihrem Bericht von 2009⁴⁵ den Institutionen ein vernichtendes Urteil ausstellte. Einerseits hatten die Institutionen auf lokaler Ebene keine Kompetenzen, ihren Aufgaben nachzukommen, oftmals kannten sie die Strategie und ihre entsprechende Verantwortung gar nicht. Es gab keine finanziellen Mittel noch adäquate Maßnahmen, um die Integration von Rückkehrer:innen in den Bereichen Gesundheit, Bildung, Arbeit oder Wohnen zu unterstützen. Ein Jahr später, 2010 stellte das Ministerium für Arbeit und Soziales 100.000 Euro zur Sicherstellung von Unterkunft für Repatriierte zur Verfügung, aber kein anderes Ministerium noch Gemeinden stellten finanzielle Mittel zur Verfügung. Damit blieb die Strategie rein deklaratorisch, ohne konkrete Umsetzungsschritte, ebenso wie es keine Koordination auf horizontaler noch vertikaler Ebene zwischen den Institutionen gab. Das Bildungsministerium beispielsweise erfährt von dem Bedarf, Kinder einzuschulen, erst nach der Ankunft der Kinder in Kosovo. Auch zeigt die Praxis mangelnde Koordination zwischen dem Land, das die Personen rückführt, und Kosovo betreffend der Bedürfnisse von repatriierten Personen, was vor allem Menschen mit Behinderung oder mit Gesundheitsproblemen in eine krasse Notlage bringen kann. Auch die Koordination und

Pristinë/Priština aufgefunden und starb dann im Krankenhaus an den Folgen der Verletzung. Siehe Bundesroma Verband: Gani Rama wurde in Priština zu Tode geprügelt, <https://www.bundesromaverband.de/gani-rama-wurde-in-pristina-zu-tode-gepruegelt/>.

⁴⁴ Siehe Gesellschaft für bedrohte Völker Schweiz (November, 2015): Gefangen im Teufelskreis – Zwangsmigration von Roma, Aschakli und Balkan-Ägypter aus dem Kosovo, https://www.gfbv.ch/wp-content/uploads/kosovobericht_zusammenfassung_d-ch-1.pdf.

⁴⁵ OSCE Mission in Kosovo (2009): Implementation of the Strategy for Reintegration of Repatriated Persons in Kosovo's Municipalities.

Information an Gemeinden funktionierte nicht. Daher gibt es auch kaum Kontakt zwischen den Gemeinden und den Rückkehrer:innen.⁴⁶

Im Jahr 2010 war für jene, die unfreiwillig zurückgeführt wurden, eine finanziell durch Deutschland geförderte Organisation, URA, eine der wenigen Organisationen, die den Rückkehrer:innen mit Information und Beratung assistierte. In weiterer Entwicklung wurde URA 2 aufgebaut, das sowohl freiwilligen und unfreiwilligen repatriierten Personen beratend zur Verfügung stand und Eingliederungshilfe für erwachsene Rückkehrer:innen bot.

Die kosovarische Regierung reagierte schnell auf die Kritik der internationalen Gemeinschaft und stellte einen neuen Aktionsplan auf, informierte die Gemeinden und stellte finanzielle Mittel in der Höhe von 500.000 EUR bereit, die 2011 mit weiteren 3,4 Millionen EUR aufgestockt wurden. Diese Maßnahmen wurden begrüßt, brachten aber vorerst keine Verbesserung auf lokaler Ebene, wo Rückkehr und Integration stattfindet. 2015 wurde Kosovo als sicheres Drittland eingestuft, womit generell Menschen, die aus Kosovo in die EU einreisen, kein Asyl beantragen können. 2015 kam es infolge der globalen Flüchtlingskrise zu einem Zustrom syrischer Flüchtlinge durch den Kosovo, die sich über den westlichen Balkan weiter nach Europa durchschlugen.

2020 erließ Kosovo eine Verordnung zur Reintegration Repatriierter Personen⁴⁷, die auch die bestehenden Mängel in der bisherigen Durchführung beheben soll. Wie erfolgreich sie sein wird, bleibt abzuwarten. Unter Artikel 7 (2) hält die Verordnung fest, dass repatriierte Personen Zugang zu ihrer Unterkunft haben sollen, in der sie gelebt hatten, bevor sie den Kosovo verlassen haben. Dies scheint insbesondere für Rom:nja, Aschkali:ke und Ägypter:innen, die im Zuge des Konflikts das Land verlassen haben, nicht realistisch und durchführbar.

Auch der Tod von Ali Krasniqi in der Nacht vom 11. auf den 12. März 2021, vier Monate nach seiner Abschiebung in den Kosovo, deutet darauf hin, dass es keine adäquate medizinische Versorgung im Kosovo für repatriierte Personen gibt. Krasniqi lebte zuvor 29 Jahre in Deutschland, hatte aber keinen Daueraufenthalt bekommen. Er war 62 Jahre, hatte mehrere Herzoperationen hinter sich und benötigte regelmäßige medizinische Betreuung.⁴⁸

Wirtschaftliche, soziale und politische Integration nach dem Konflikt 1999

Für Rückkehrer:innen ist eine wirtschaftliche und soziale Integration in den Kosovo bis heute so gut wie unmöglich. Die Republik hatte nach dem Krieg praktisch keine Industrie und kaum

⁴⁶ Siehe OSCE Mission to Kosovo (November, 2009): Implementation of the Strategy of Reintegration of Repatriated Persons in Kosovo's Municipalities, <https://www.osce.org/files/f/documents/8/d/40180.pdf>, S. 1.

⁴⁷ Republic of Kosovo: 22/2020 On Reintegration of Repatriated Persons, <https://www.refworld.org/category,LEGAL,NATLEGBOD,,SRB,5ddfcf8f4,0.html>.

⁴⁸ Flüchtlingsrat Baden- Württemberg (12. März 2021): Nach 28 Jahren abgeschoben, fünf Monate später tot, <https://fluechtlingsrat-bw.de/abschiebung/nach-28-jahren-abgeschoben-fuenf-monate-spaeter-tot/?fbclid=IwAR3pd38kvqzBKWV1jpmhKAbwQoR5fU99ZqEQPstbj6OgFRFMW9mAvSjlz14>.

Arbeitsplätze. Die Institutionen waren erst im Aufbau und die Gehälter für Verwaltung und Gemeindebedienstete relativ gering, für die Märkte gab es nur begrenzt Agrarwirtschaft.

Da die kosovarische Sozialhilfe oder die Sozialtransfers aus Belgrad (v.a. für Menschen in den serbischen Enklaven im Norden oder im Süden) relativ niedrig waren, konnten viele Rückkehrer:innen nur mit Unterstützung von Angehörigen aus dem Ausland ihr Existenzminimum sichern. Besser war es für jene, die Arbeit bei einer der internationalen Institutionen im Kosovo hatten; vielen ermöglichte das Gehalt, auch Angehörige der weiteren Familie mitzuversorgen.

Im Jahr 2006 beispielsweise waren über 40% der arbeitsfähigen Bevölkerung im Kosovo arbeitslos (junge Menschen und Frauen sogar zu 70%). Von den arbeitsfähigen Personen haben viele keine spezielle Qualifizierung. Viele arbeiten daher im informellen Sektor, jene die Arbeit haben, sind oft in Kleinbetrieben beschäftigt (weniger als 10 Personen).

Laut einer UNDP-Untersuchung aus dem Jahr 2017⁴⁹ ist die Arbeitslosenrate von Rom:nja im Kosovo im Vergleich zu anderen Ländern am westlichen Balkan am höchsten. So waren nur 13% von ihnen beschäftigt, für Frauen fiel die Rate noch geringer aus (4%). Hinzukommt, dass die Bevölkerung der Rom:nja, Aschkali:ke und Ägypter:innen jünger ist als die Durchschnittsbevölkerung⁵⁰ und Jugendliche insgesamt stärker von Arbeitslosigkeit betroffen sind.

Im Jahr 2017 waren 78% der kosovarischen Rom:nja, Aschkali:ke und Ägypter:innen in einer marginalisierten Situation nicht in Ausbildung, Arbeit oder Qualifizierung. Bei Rom:nja lag die Quote bei 88%. Insgesamt ist die wirtschaftliche Integration für Angehörige von ethnischen Gemeinschaften in einer Minderheitensituation im Kosovo schwerer. Für Rom:nja, Aschkali:ke und Ägypter:innen kommt erschwerend auch noch Diskriminierung am Arbeitsplatz hinzu. So sind Aschkali:ke am wenigsten im Bereich der Verwaltung repräsentiert, und nur sieben Angehörige der Aschkali-Gemeinschaft sind in staatlichen Betrieben beschäftigt. Ähnlich ist es bei Kosovo-Rom:nja und -Ägypter:innen. So waren 2013 nur drei Rom:nja in staatlichen Betrieben beschäftigt (keine einzige Person von der Minderheit der Ägypter), während Rom:nja zu 0,2% in der Verwaltung repräsentiert sind.⁵¹ Ein Großteil der Rom:nja, Aschkali:ke und Ägypter:innen muss die Existenzsicherung durch Arbeit im informellen Sektor bestreiten.

Ähnlich dramatisch ist die Bildungssituation. Auch wenn es hier in den letzten zehn Jahren eine gewisse Dynamik gab, sind nachhaltige Verbesserungen ausständig. In den ersten zehn Jahren nach dem Konflikt gingen viele Kinder der Rom:nja-, Aschkali:ke- und Ägypter:innen-Gemeinschaften gar nicht zur Schule, wobei die Hürden in den serbischen Enklaven geringer waren. Für Kinder, die länger im Westeuropa gewesen waren, wurden teils eigene Klassen (Catch-up Classes) eingerichtet, da sie nicht die lokale Sprache beherrschten, zudem ihre Zeugnisse nicht in das

⁴⁹ Siehe UNDP (April 2018): Roma at a Glance. Kosovo*,
<https://www.eurasia.undp.org/content/rbec/en/home/library/roma/regional-roma-survey-2017-country-fact-sheets.html>.

⁵⁰Das Durchschnittsalter liegt bei 24-25 Jahren im Vergleich zu 30 Jahren bei der Kosovarischen Bevölkerung insgesamt. Siehe dazu ECMI Community Profile.

⁵¹ Siehe dazu ECMI Community Profile.

kosovarische Schulsystem transferiert werden konnten. In der letzten Dekade kam es zu einem Aufwärtstrend der Teilnahmemöglichkeiten im Bildungssystem. Vor allem in der Unterstufe ist ein größerer Anteil der Kinder der Kosovo-Rom:nja, Aschkali:ke und Ägypter:innen eingeschult, wobei dieser immer noch 21% unter dem allgemeinen Durchschnitt liegt. Allerdings ist die Rate der Schulabbrecher:innen weitaus höher, nur 60% schließen die Grundschule ab und nur wenige besuchen die Sekundärstufe oder eine weitere Ausbildung. Zudem besteht ein großer Gender-Gap und Mädchen und junge Frauen sind in stärkerem Ausmaß von den negativen Trends betroffen. So schließt nur die Hälfte der eingeschulten Mädchen die Schule ab.⁵² Obzwar es mittlerweile einen Lehrplan für die Sprache, Geschichte und Kultur der Rom:nja gibt (Unterstufe), wird dieser kaum in den Schulen umgesetzt. Die große Armut unter Rom:nja, Aschkali:ke und Ägypter:innen führt auch zu Kinderarbeit. Bisher werden Unterstützungsprogramme in erster Linie von NGOs geleistet.

Entsprechend der hohen Rate von Arbeitslosigkeit ist auch die Gesundheitsversorgung schwierig, wobei auch hier jene mit Zugang zu den serbischen Gesundheitseinrichtungen teils bessere medizinische Versorgung haben. Für Frauen, Männer und Kinder, die vom Krieg und den Konsequenzen traumatisiert waren, gab es kaum Unterstützung. Rom:nja, Aschkali:ke und Ägypter:innen waren auch von Aufarbeitungs- und Versöhnungsprozessen in den ersten zehn Jahren weitgehend ausgeschlossen.

Eine deutliche Verbesserung gab es im Bereich der persönlichen Dokumente, insbesondere der Geburtsregistrierung, zu verzeichnen. Nahezu 97% der Rom:nja, Aschkali:ke und Ägypter:innen haben eine Geburtsurkunde, allerdings haben viele über 16 Jahre keinen Personalausweis, was wiederum den Zugang zu sozialen Dienstleistungen erschwert.⁵³

Um die Lage der Rom:nja, Aschkali:ke und Ägypter:innen im Kosovo zu verbessern, entwickelte die internationale Gemeinschaft mit der provisorischen Selbstregierung eine Strategie zur Integration dieser Minderheiten, die ihre Inklusion in den Schlüsselbereichen Bildung, Arbeit, Gesundheit und Wohnen, sowie eine Rückkehr und Reintegration von Binnenvertriebenen und Flüchtlingen vorantreiben sollte. Die erste Strategie wurde im Dezember 2008 von der kosovarischen Regierung mit anvisierter Umsetzung von 2009 bis 2015 angenommen. Die Auswertung der erreichten Ziele in der Umsetzung der Strategie war jedoch sehr dürftig, die meisten Fortschritte waren auf das europäische und internationale Investment und die Unterstützung der internationalen Gemeinschaft zurückzuführen.

Einer der größten Erfolge waren dabei die Auflösung der Lager für Flüchtlinge in Plementina, Česmin Lug und Žitkovac, die Bemühungen um die Auflösung des Lagers Osterode sowie die größeren Wiederaufbauprojekte in Mitrovica/Mitrovicë, aber auch in anderen Regionen wie Gjilan/Gnjilane oder Peja/Peć.

⁵² Siehe UNDP (April 2018): Roma at a Glance. Kosovo*,
<https://www.eurasia.undp.org/content/rbec/en/home/library/roma/regional-roma-survey-2017-country-fact-sheets.html>.

⁵³ Siehe UNDP (April 2018): Roma at a Glance. Kosovo*,
<https://www.eurasia.undp.org/content/rbec/en/home/library/roma/regional-roma-survey-2017-country-fact-sheets.html>.

Weiters gab es positive Entwicklungen im Bereich von politischen und legislativen Maßnahmen zum Schutz von Ethnien in einer Minderheitensituation im Kosovo, sowie beim Aufbau von Institutionen und Beratungsgremien für Ethnien in einer Minderheitensituation. Dazu zählt der Minderheitenberatungsrat (Consultative Council for Communities), der im Einklang mit dem Minderheitengesetz die Interessen der Ethnien in einer Minderheitensituation wahren und bei ihren Anliegen beraten kann, das Büro für Minderheitenangelegenheiten (Office of Community Affairs), das beim Büro des Premiers angesiedelt ist und die Sprachenrechte im Einklang mit dem Gesetz fördert, sowie auf Gemeindeebene das Minderheitenkomitee (Municipal Community Committee), das die Interessen der Ethnien in einer Minderheitensituation auf Gemeindeebene vertreten soll. In diesen Körperschaften sind auch Rom:nja, Aschkali:ke und Ägypter:innen vertreten. Zudem konnten Rom:nja, Aschkali:ke und Ägypter:innen aktiv an den Wahlen teilnehmen und sind sowohl auf Gemeindeebene als auch im Parlament der Republik Kosovo vertreten.⁵⁴ Überdies hat sich in den ersten zehn Jahren eine aktive Rom:nja-, Aschkali:ke- und Ägypter:innen-Zivilgesellschaft etabliert, die in Vernetzung mit anderen Akteuren der Zivilgesellschaft in der Region oder in anderen europäischen Ländern, aber auch mit EU-Institutionen, wichtige Arbeit leistet und gute Kapazitäten aufbauen konnte.

Nach Ablauf der ersten Strategie wurde eine weitere Strategie entwickelt, die für den Zeitraum 2017 bis 2021⁵⁵, angenommen wurde. Diese Strategie zielt auf die Integration von Rom:nja und Aschkali:ke, da Repräsentanten der Ägypter:innen nicht gemeinsam mit Rom:nja und Aschkali:ke adressiert werden wollen. Tatsächlich aber profitieren auch die Ägypter:innen von Projekten, beispielsweise Schulprojekten, die lokal implementiert werden⁵⁶. Allerdings ist auch diese Strategie bisher kaum implementiert, was auch der politisch instabilen Situation im Kosovo geschuldet ist. Zwischen 2017 und Ende 2020 gab es drei Regierungen sowie zahlreiche Wechsel auf Ministerebene, was eine große Herausforderung für längerfristige Politikmaßnahmen ist. Die beiden Strategien hatten in den vergangenen zehn Jahren keine wesentlichen Erfolge in der Umsetzung, immerhin aber haben sie zu einer Bewusstseinsbildung bei Verwaltung und Zivilgesellschaft geführt. In Zusammenarbeit mit dem Regional Cooperation Council, gefördert von der Europäischen Union und der Open Society Foundations, hat der Nationale Roma Kontakt Punkt im Kosovo – angesiedelt im Büro des Premierministers – jährlich nationale Plattform-Treffen zu „Roma-Integration“ abgehalten, bei denen auch eine Bestandsaufnahme über Fortschritte und bestehende Herausforderungen aufgenommen wird und gemeinsame Empfehlungen über zu erreichende Ziele.⁵⁷

⁵⁴ Für Details siehe OSCE Mission to Kosovo (20 January, 2020): Overview of Roma, Ashkali and Egyptian Communities in Kosovo, <https://www.osce.org/mission-in-kosovo/443587> und ECMI (2013) Community Profiles.

⁵⁵Siehe Republic of Kosovo (April, 2017): STRATEGY FOR INCLUSION OF ROMA AND ASHKALI COMMUNITIES IN THE KOSOVO SOCIETY 2017-2021, http://kryeministri-ks.net/wp-content/uploads/docs/ANG-STRATEGJIA_P%C3%8BR_P%C3%8BRFSHIRJEN_E_KOMUNITETEVE_ROM_DHE_ASHKALI_N%C3%8B_SHOQ_%C3%8BRIN%C3%8B_KOSOVARE_2017-2021.pdf.

⁵⁶ Isak Skenderi, Voice of Roma, Ashkali and Egyptians (VRAE) in Kosovo, Interview, 17. Februar 2021

⁵⁷ Regional Cooperation Council/Open Society Foundations: Roma Integration 2020 – Second National Platform for Integration of in Kosovo 21 September 2018, Pristina.

Fallstudie 2: Die Auswirkungen von COVID-19 und Maßnahmen zur Bekämpfung der Pandemie auf Rom:nja in Europa

Mit Auftreten der globalen Pandemie COVID-19 Anfang 2020 waren Staaten gefordert, Maßnahmen zu ergreifen, um eine weitere Ausbreitung einzudämmen und eine medizinische Versorgung der erkrankten Menschen bestmöglich zu gewährleisten. Die Maßnahmen, die teils durch Epidemiegesetze und Notverordnungen beschlossen wurden, hatten dabei Einschränkungen von Grundfreiheiten (Bewegungsfreiheit, Versammlungsfreiheit) zur Folge.

Laut internationalen Standards können in Notfallsituation, wie im Falle einer Epidemie, solche Einschränkungen notwendig sein, um die Bevölkerung zu schützen, müssen aber verhältnismäßig und zeitlich begrenzt sein. Bis dato gibt es wenig analytische Studien und Berichte zu den Auswirkungen der Pandemie auf die Roma-Gemeinschaften in Europa. Wie in allen anderen Bereichen mussten auch Nicht-Regierungsorganisationen ihre Arbeit von analog auf digital umstellen und vielerorts konnte nur in begrenztem Ausmaß direkte Feldarbeit durchgeführt werden.

Die derzeit zur Verfügung stehenden Berichte zu den Auswirkungen der Pandemie und der Maßnahmen zu ihrer Bekämpfung geben daher beobachtbare Trends wieder, ohne jedoch ein umfassendes Bild zeichnen zu können. Einige der Folgen werden erst in den kommenden Monaten genauer zu erfassen sein, insbesondere im Hinblick auf Langzeitfolgen im Bildungs-, Ausbildungs- und Arbeitsbereich oder auf den Anstieg von Armut innerhalb bereits marginalisierter Romani-Gemeinschaften.

Allerdings kann einiges aufgrund der Erfahrungen in anderen Krisen, etwa der Wirtschaftskrise von 2008/2009, antizipiert werden. Die Pandemie und Maßnahmen zur Bekämpfung der Pandemie haben bereits bestehende Ausgrenzung, Diskriminierung und Stigmatisierung von Rom:nja einerseits vertieft und andererseits noch sichtbarer gemacht. In diesem Sinne haben sie die Kluft zwischen marginalisierten Rom:nja und der Mehrheitsgesellschaft noch weiter verschärft. Daher müssen gegenwärtige Trends im allgemeineren Kontext der Lage von Romani-Gemeinschaften in Europa betrachtet werden.

Antiziganismus als Barriere für soziale Inklusion der Rom:nja in Europa

Insgesamt ist die Datenlage über die Situation von Rom:nja in Europa spärlich. Die offiziellen Zahlen der Volkszählungen geben kein realistisches Bild über ihren Bevölkerungsanteil und liegen weit unter den Angaben von Vertretungsorganisationen. Obwohl eine gute Datenlage Voraussetzung für die Effektivität von Politikmaßnahmen ist, haben bisher nur wenige Staaten⁵⁸ gesicherte Daten

⁵⁸ Die Slowakei beispielsweise hat einen Atlas zu Rom:nja in der Slowakei erstellt, indem ihr Anteil an der Gesamtbevölkerung, aber auch ihre generelle Situation dargestellt wird. Siehe: Atlas of Roma Communities in Slovakia, <https://www.rcc.int/romaintegration2020/romadecadefold/documents/2.%20isc%20meetings/25%2025t>

zur Situation von Rom:nja oder umfassendere Situationsanalysen erhoben. Zudem gibt es kaum gendersensible Daten, die Unterschiede in den Lebensrealitäten von Frauen und Männern widerspiegeln.

Bestehende Programme oder Projekte bauen nur in Ausnahmen auf qualitative Analysen und quantitatives Datenmaterial oder einer Ausgangsstudie auf; daher ist es schwierig bis unmöglich, die Erfolge der Interventionen zu messen, insbesondere im Hinblick auf die Verbesserung der aktuellen Situation von Rom:nja. Insgesamt gibt es bisher nur wenige Maßnahmen der nationalen oder lokalen Verwaltungen, die unabhängig evaluiert werden.⁵⁹ Umfassendere unabhängige Evaluationen ergeben ein kritisches Bild.⁶⁰

Umso wichtiger sind vergleichbare Daten, die von Organisationen wie dem UNDP und seit 2010 von der EU-Grundrechtsagentur erhoben werden, oder evidenzbasierte Analysen der Zivilgesellschaft.⁶¹ Aufgrund dieser Berichte sind aktuelle Herausforderungen und auch Entwicklungen ablesbar. Vor allem die großen Datensets der EU-Grundrechtsagentur haben in den letzten Jahren erlaubt, Entwicklungen und Trends zu verzeichnen, wobei diese Umfragen nicht für alle Rom:nja, sondern für jene in marginalisiertem Lebensumfeld repräsentativ sind. Nach wie vor lebt aber in neun EU-Ländern mit einer großen Roma-Bevölkerung der größere Anteil der Rom:nja unter der Armutsgrenze oder in einem marginalisierten Kontext.⁶²

Insbesondere die EU-Grundrechtsagentur hat seit der Annahme des EU-Rahmens zur Integration von Rom:nja bis 2020 versucht, gemeinsam mit den Mitgliedsstaaten ein Beobachtungsinstrument (Indikatoren) zu entwickeln, um europaweit eine vergleichende Analyse der Situation von Rom:nja sowie Fortschritte oder bestehende Herausforderungen beobachten zu können. Die

[h%20Meeting%20of%20the%20ISC_September%202013%20\(Montenegro\)/Presentations/Atlas%20of%20Roma%20communities%20in%20Slovakia.pdf](https://publications.jrc.ec.europa.eu/repository/bitstream/JRC117901/Presentations/Atlas%20of%20Roma%20communities%20in%20Slovakia.pdf).

⁵⁹ Siehe EC EU Science Hub, Joint Research Center (2019): A Meta-Evaluation of Interventions for Roma Inclusion,

https://publications.jrc.ec.europa.eu/repository/bitstream/JRC117901/final_report_metaevaluation_roma_online_version.pdf.

⁶⁰ Siehe hierzu auch EC (July, 2018): Mid-term evaluation of the EU Framework for National Roma Integration Strategies up to 2020 Final report,

[file:///C:/Users/mirjam%20karoly/Documents/PROJEKTE/UKA/Position%20Paper/MID%20TERM%20EVALUATION%20DS0419005ENN.en%20\(1\).pdf](file:///C:/Users/mirjam%20karoly/Documents/PROJEKTE/UKA/Position%20Paper/MID%20TERM%20EVALUATION%20DS0419005ENN.en%20(1).pdf).

⁶¹ Siehe hierzu auch die Ergebnisse des Roma Civil Monitor Projektes, indem Rom:nja und Pro-Rom:nja Zivilgesellschaft aus 18 Ländern die Implementierung Nationaler Roma Strategien evaluieren,

<https://cps.ceu.edu/roma-civil-monitor>.

⁶² Laut den Erhebungen der EU Grundrechtsagentur repräsentiert die Situation der befragten Rom:nja in Bulgarien, Kroatien, der Tschechischen Republik, in Griechenland, Ungarn, Portugal, Rumänien, in der Slowakei und Spanien 80% der Rom:nja, die in der EU leben. Siehe dazu weitere Information unter:

https://fra.europa.eu/sites/default/files/fra_uploads/pr-roma-poverty-deprivation_de.pdf und https://fra.europa.eu/sites/default/files/fra_uploads/fra-2016-eu-minorities-survey-roma-selected-findings_en.pdf#page=11.

Grundrechtsagentur hat dabei 2011⁶³ und 2016⁶⁴ größere Erhebungen zur Situation der Rom:nja in Europa durchgeführt, deren Daten auch vergleichende Analysen erlauben. Die Daten beziehen sich dabei jeweils auf Rom:nja in marginalisierten Lebensumständen und werden in Vergleich zu Menschen in vergleichbaren Lebensverhältnissen gesetzt.

Diese Daten unterstreichen die bestehende Kluft zwischen Rom:nja und Nicht-Rom:nja in allen Lebensbereichen und zeigen auf, dass es in der letzten Dekade kaum Veränderung in negativen gesellschaftlichen Einstellungen gegenüber Rom:nja gab. Die Erkenntnis der letzten Jahre macht deutlich, dass es nicht ausreicht, allein auf soziale Inklusion zu setzen, da damit bestehende Formen von Diskriminierung, einschließlich institutionellem und strukturellem Rassismus, nicht überwunden werden können. Vielmehr bedarf es konkreter Maßnahmen, um Antiziganismus gezielt zu bekämpfen sowie Initiativen, die soziale Inklusion mit Antidiskriminierungsmaßnahmen verknüpfen. Diese These wurde durch die Pandemie und die Auswirkungen der Maßnahmen zu ihrer Eindämmung nochmals untermauert.

„COVID-19 und die Maßnahmen zur Bekämpfung der Pandemie haben wie ein Brennglas die Konsequenzen von Antiziganismus sichtbar gemacht“⁶⁵

Anfang des Jahres 2020 breitete sich die COVID-19 Pandemie rasant in ganz Europa aus und führte in vielen Ländern zu Notverordnungen, die unter anderem Maskentragen, Ausgangsbeschränkungen, Versammlungseinschränkungen sowie Einschränkungen der Reisefreiheit vorsehen, und somit das gesamte öffentliche Leben massiv beeinflussen. In vielen Ländern kam es zu Schließungen oder Verkleinerungen von Betrieben, ganze Branchen wurden zeitweise eingestellt, was unter anderem einen großen Anstieg von Arbeitslosigkeit nach sich zog. Jene, die in systemrelevanten Branchen tätig waren, oder auch Personen, die ihre Arbeit digital von zu Hause erledigen konnten, waren gewissermaßen privilegiert.

Besonders betroffen war zudem der Bildungsbereich. In vielen Ländern wurden Schulen teils oder vorübergehend ganz geschlossen und Kinder und Jugendliche soweit möglich ins Home-Schooling entlassen. Dabei wurde im Laufe des Jahres in einigen Ländern zunehmend auch auf digitales Lehren und Lernen gesetzt.

Auf der ganzen Welt waren Politik und Gesellschaft gefordert, schnell zu lernen, Verhaltensweisen zu ändern und sich einem rasch verändernden Umfeld anzupassen. Das Virus kann jede:n befallen, allerdings zeigte sich bald, dass Personen in bestimmten Branchen (etwa Supermarkt, Dienstleistungen, Fleischindustrie) und in bestimmten Lebensbedingungen – etwa beengten Wohnverhältnissen – sehr viel stärker von einer Ansteckung gefährdet sind. Außerdem haben die

⁶³ FRA (9 December, 2009): EU MIDIS – European Minority and Discrimination Survey, <https://fra.europa.eu/en/publication/2012/european-union-minorities-and-discrimination-survey-main-results-report>.

⁶⁴ FRA (29 November, 2016): EU MIDIS –Second European Minority and Discrimination Survey, Roma – Selected Findings, <https://fra.europa.eu/en/publication/2016/second-european-union-minorities-and-discrimination-survey-roma-selected-findings>.

⁶⁵ Stephan Müller, externer Berater, Zentralrat Deutscher Sinti und Roma, Interview, 1. Dezember 2020.

Maßnahmen zur Bekämpfung der Pandemie vor allem auf Menschen in vulnerablen Positionen unverhältnismäßig hohe negative Auswirkungen und führten teils zu einer massiven Verschlechterung der Lebenssituation.

Für viele Rom:nja in Europa, die bereits in einer schwierigen sozialen Lage, von Armut betroffen, im Bildungsbereich benachteiligt oder in einer prekären wirtschaftlichen Lage oder Arbeitssituation waren, kam es infolge der Pandemie und der Maßnahmen zur Bekämpfung der Pandemie zu einer weiteren Verschlechterung ihrer Lebensumstände, die zu weiterer Vertiefung von Ungleichheit, Stigmatisierung und Diskriminierung führte. Dabei zeichnet sich bisher ab, dass insbesondere die Einschränkungen im Bildungs- und Arbeitsbereich schwerwiegende nachhaltige Folgen für Rom:nja haben und positive Inklusionsentwicklungen der letzten Jahre zum Stillstand kommen können.

Laut den Erhebungen der EU-Grundrechtsagentur aus dem Jahre 2016 leben 80% der Rom:nja in neun EU-Mitgliedstaaten⁶⁶ unter der Armutsgrenze. Eine von drei Personen lebt in Wohnverhältnissen ohne Leitungswasser und eine von zehn in einer Wohnung ohne Elektrizität. Jedes dritte Roma-Kind lebt in einem Haushalt, in dem die Mitglieder einmal im Monat hungrig zu Bett gehen. Nur die Hälfte der befragten Haushalte hat Sanitäreinrichtungen (Toilette, Bad) und 78% leben in beengten Wohnverhältnissen, viele davon in „informellen“ (nicht regulierten) Siedlungen, unter desaströsen und gesundheitsgefährdenden Bedingungen.

Bisher blieben Maßnahmen zur Bekämpfung von Armut und Marginalisierung erfolglos und es gab wenig positive Dynamik am Arbeitsmarkt. So zeigte sich keine signifikante Erhöhung der Zahl von Rom:nja in bezahlter Arbeit zwischen 2011 und 2016, wobei auch ein erheblicher Gender-Gap zu verzeichnen ist. Insbesondere der Anteil von Jugendlichen und Roma-Frauen, die nicht in Ausbildung, Arbeit oder Training sind, ist hoch.⁶⁷

Diskriminierung

Laut dem Eurobarometer vom Oktober 2019 zählen Rom:nja zu der Gruppe mit dem höchsten Diskriminierungsrisiko. 61% der Befragten (über sechs von zehn Personen) meinen, dass Diskriminierung gegen Rom:nja weit verbreitet ist. Die Befragten fühlen sich mit einem Rom in der Gemeinschaft weniger wohl als mit Angehörigen anderer Minderheiten, etwa einem Schwarzen Menschen oder Menschen muslimischen Glaubens. Demgegenüber berichten 49% der befragten Rom:nja, dass sie in den letzten 12 Monaten diskriminiert oder belästigt wurden.⁶⁸

⁶⁶ Bulgarien, Griechenland, Kroatien, Portugal, Rumänien, Slowakei, Spanien, die Tschechische Republik, Ungarn; siehe FRA (2016): EU MIDIS II. Second European Union Minorities and Discrimination Survey Roma – Selected findings, https://fra.europa.eu/sites/default/files/fra_uploads/fra-2016-eu-minorities-survey-roma-selected-findings_en.pdf.

⁶⁷ FRA (2018): A persisting concern: anti-Gypsyism as a barrier to Roma inclusion, <https://fra.europa.eu/en/publication/2018/persisting-concern-anti-gypsyism-barrier-roma-inclusion>.

⁶⁸ Europäische Kommission (Oktober, 2019): Special Eurobarometer 493, Diskriminierung in der Europäischen Union. Zusammenfassung.

Rom:nja erfahren in allen Bereichen des Lebens Diskriminierung. Ein hoher Anteil berichtet von Diskriminierungserfahrungen im Zusammenhang mit öffentlichen oder privaten Serviceeinrichtungen (19%) oder bei der Arbeitssuche (16%). Nur wenige der Betroffenen wehren sich gegen Diskriminierung mit einer Beschwerde, ein Drittel ist nicht über Antidiskriminierungsgesetzgebungen informiert und die Mehrheit kennt auch keine Organisationen, die den Betroffenen Unterstützung leisten können.

Rassistische Hasskriminalität gegen Rom:nja wird oft nicht weiterverfolgt oder offiziell dokumentiert. Laut Beobachtung der OSZE wird sie vor allem von der Zivilgesellschaft dokumentiert. Die Behörden hingegen halten spezifische Hasskriminalität gegen Rom:nja nicht fest bzw. dokumentieren diese unter allgemeinen Kategorien.⁶⁹ Insgesamt scheint es wenig Vertrauen von Seiten der Rom:nja in die Polizei zu geben, was mit dazu führt, dass nur wenige Rom:nja Hasskriminalität zur Anzeige bringen. Das Vertrauen in die Behörden ist durch Übergriffe seitens der Polizei, ethnisches Profiling oder auch Polizeigewalt gegen Rom:nja gestört.⁷⁰

Im Zusammenhang mit den Ausgangsbeschränkungen und Verhängungen von Lockdown-Phasen infolge der Ausbreitung von COVID-19 kam es in einigen Ländern (Bulgarien, Rumänien, Slowakei) zur totalen Abriegelung von von Rom:nja bewohnten Siedlungen und somit zu einer unverhältnismäßigen Einschränkung von Rom:nja in ihrer Bewegungsfreiheit.

In Bulgarien beispielsweise wurden gleich im März 2020 sechs Siedlungen, alle mit mehreren Tausend Rom:nja-Einwohner:innen, abgeriegelt – ohne Hinweis auf Erkrankungen. Bis Sommer 2020 kam es in einigen Gemeinden per Verordnung zu Absperrungen ganzer Siedlungen, die quasi präventiv vorgenommen wurden, ohne dass ein Fall von COVID-19-Erkrankung verzeichnet gewesen wäre. Die Vorgehensweise wurde von einem pejorativen öffentlichen Diskurs begleitet, der Rom:nja bzw. Rom:nja-Migrant:innen bezichtigte, das Virus zu verbreiten bzw. einzuschleppen.

Das Innenministerium autorisierte eine eigene Polizeioperation mit erhöhter Polizeipräsenz in von Rom:nja bewohnten Siedlungen. Diese Maßnahmen wurden zuerst in Nova Zagora, Kasanlak und Sliven durchgeführt (alle mit einer Rom:nja-Bevölkerung von mehreren Tausenden) und dann auch auf größere Armutssiedlungen wie Fakulteta und Filipovci in Sofia ausgedehnt.⁷¹

Getrieben von Angst und Vorurteilen über unhygienische Lebensstandards von Rom:nja wurden Drohnen in Burgas eingesetzt, um die Temperatur der Menschen zu messen. In Yambol wurden mit einem Flugzeug 3.000 Liter Desinfektionsmittel über der Rom:nja-Nachbarschaft abgelassen.

⁶⁹ Siehe OSCE ODIHR Hate Crime Database. Im Jahre 2019 haben z.B. nur neun Staaten Hate-Crimes gegen Roma dokumentiert, im Vergleich dazu haben nichtstaatliche Organisationen in 22 Ländern Hate-Crimes gegen Roma festgehalten. <https://hatecrime.osce.org/taxonomy/term/229>.

⁷⁰ Siehe ECHR 239 (2020) 01.09.2020 R.R. and R.D. v. Slovakia (application no. 20649/18) und weitere Urteile zu Polizeigewalt gegen Roma des ECHR; verschiedene Artikel zum Thema Polizeigewalt gegen Roma auf der ERRC

Webpage, http://www.errc.org/search?country=&theme=13&area=&keyword=&search_submit=.

⁷¹ Siehe Amnesty International (2020): Policing the Pandemic, Human Rights Violations in the Enforcement of COVID-19 Measures in Europe, S. 10.

Die Bewohner:innen wurden zudem auch nach dem Ende des Notstandes unter Kontrolle gehalten, was schließlich zu ihrem Protest führte, da sie Angst vor einer humanitären Krise infolge des Arbeits- und Einkommensverlustes hatten.⁷²

Auch in Rumänien wurden einige Siedlungen bzw. Ortsteile, die vorwiegend von Rom:nja bewohnt werden, total gesperrt (so in der Stadt Țândărei, in Toflea und in Buzău). Die Sperrung erfolgte nach Ausbruch von COVID-19 in Regionen, die in der öffentlichen Meinung mit der Rückkehr von Arbeitsmigrant:innen in Zusammenhang gebracht werden. In Rumänien wurde am 19. März 2020 der Notstand ausgerufen und in der Folge wurden auch Notgesetzgebungen erlassen, die eine Nichteinhaltung der Sicherheitsmaßnahmen kriminalisierten. Laut NGO-Berichten kam es in der Folge in mehreren Fällen zu unverhältnismäßiger Anwendung von Polizeigewalt. Im Zuge einer Polizeiaktion wurden acht Roma in Bolintin-Vale, in der Region Giurgiu, von der Polizei geschlagen, während sie gefesselt am Boden lagen. Auch aus anderen Regionen wurden Vorfälle von Polizeigewalt gemeldet. Am 20. April entsandte das Innenministerium weitere Polizisten in Gebiete, die laut Aussage des Ministeriums eine hohe Kriminalitätsrate aufwiesen und auch eine hohe Anzahl von Rückkehrer:innen aus dem Ausland zu verzeichnen hätten. Laut Meinung von NGOs aber waren dies Orte, in denen auch eine größere Anzahl von Rom:nja beheimatet ist, und es kam zu ungerechtfertigter Anwendung von Polizeigewalt.⁷³

Ähnlich wurde in der Slowakei vorgegangen. Dort wurden zwischen März und Mai 2020 fünf von Rom:nja bewohnten Siedlungen abgeriegelt, wobei auch hier die Absperrung von Polizei und Militär kontrolliert wurde. Das Militär wurde eingebunden, als die Behörden eine Testung der Rom:nja am 3. April starteten, wobei vorrangig jene Siedlungen getestet wurden, in die Arbeitsmigrant:innen aus dem Ausland zurückkehrten. Allerdings wurden keine nachhaltigen Maßnahmen ergriffen, um das Risiko einer Ansteckung zu minimieren oder Wasser und Sanitäreinrichtungen zur Verfügung zu stellen. Am 9. April schließlich wurden fünf Siedlungen unter Quarantäne gestellt, um die öffentliche Gesundheit zu schützen. Auch hier wurden Rom:nja als Einschlepper:innen und Virusverbreiter:innen stigmatisiert, die eine Gefahr für die Gesamtgesellschaft seien. Zudem verzeichnete die Zivilgesellschaft Polizeigewalt und Polizeiübergriffe gegen Einwohner:innen der abgesperrten Wohngebiete. Besonders brutal war der Vorfall am 27. April in der Siedlung Stará Maša im Dorf Krompachy. Wie berichtet, bedrohte und schlug ein Polizist mit dem Schlagstock fünf Kinder, die außerhalb der Absperrung Holz sammelten. Am 6. Mai wurde eine Untersuchung vom Innenministerium gegen die Polizei wegen Missbrauch der Amtsgewalt eingeleitet.⁷⁴ Diese Entwicklung und insbesondere die starke Einbindung von Polizei und Militär während der Pandemie haben das angespannte Verhältnis

⁷² Die Abriegelung der Roma-Siedlungen in Bulgarien wurde von den UN-Experten für gegenwärtige Formen von Rassismus sowie vom UN-Experten für Minderheitenfragen verurteilt. Siehe OHCHR: Bulgaria, COVID-19 response: "Stop hate speech and racial discrimination against the Roma minority" , <https://www.ohchr.org/EN/NewsEvents/Pages/DisplayNews.aspx?NewsID=25881>.

⁷³ Siehe Amnesty International (2020): Policing the Pandemic, Human Rights Violations in the Enforcement of COVID-19 Measures in Europe, p. 25.

⁷⁴ Siehe Amnesty International (2020): Policing the Pandemic, Human Rights Violations in the Enforcement of COVID-19 Measures in Europe, p.17, <https://www.amnesty.org/download/Documents/EUR0125112020ENGLISH.PDF>.

zwischen Rom:nja und Polizei weiter verschlechtert. In der Slowakei hatten zuvor bereits mehrere gewalttätige polizeiliche Übergriffe gegen Rom:nja, insbesondere gegen Kinder stattgefunden, die bis dato nicht geahndet wurden.

Über die Praxis von Abriegelungen ganzer Wohngebiete, wenn auch in abgeschwächter Form, wurde auch aus Deutschland, Griechenland und Portugal berichtet. In Göttingen, Deutschland, kam es zwei Mal, im Mai und Juni 2020, zu einer Hetze und Stigmatisierung von Rom:nja und Migrant:innen, angefacht von Lokalpolitiker:innen und Medien. Im ersten Fall behauptete der Krisenstab der Stadt Göttingen, dass im Iduna-Zentrum, einem Hochhaus mit 700 Einwohner:innen, in das Kriegsflüchtlinge aus dem ehemaligen Jugoslawien, aber auch Migrant:innen aus anderen Ländern und Menschen mit geringem Einkommen untergebracht sind, ein „Corona-Hotspot“ mit 170 Personen entstanden sei, da sich „Großfamilien“ nicht an die Vorschriften halten würden und am Ende des Ramadans das Zuckerfest gefeiert hätten. Weder die Zahlen noch die Anlässe waren richtig.⁷⁵ Im zweiten Fall wurde ein Wohnkomplex in der Groner Landstraße 9, ebenfalls mit 700 Einwohner:innen, umzäunt und alle Personen für mehrere Tage und ohne Vorwarnung unter Quarantäne gestellt, da, wie berichtet worden war, 120 Menschen mit Corona infiziert waren.⁷⁶

Die Absperrungen wurden teils als Sicherheitsmaßnahmen bzw. „Quarantäne“ legitimiert, wobei sie in allen Regionen zu weiterer Stigmatisierung führten und die Überwachung der Menschen durch Polizei und Militär diskriminierend, bedrohlich und unverhältnismäßig war.

Im Zuge der Pandemie kam es auch zu einem Anstieg von Anti-Roma-Rhetorik und Hassreden, die oft von Politiker:innen und Medien befeuert wurden. In Bulgarien war es vor allem der Juniorpartner in der Regierung, die Bulgarische Nationale Bewegung (IMRO), die Rom:nja kollektiv als Bedrohung für die Gesellschaft verunglimpfte, die „kontrolliert und beherrscht/ingedämmt“ werden müsse.

Insgesamt führte der Diskurs zur weiteren Stigmatisierung von Rom:nja, indem behauptet wurde, Rom:nja hätten keine Disziplin bzw. würden eine Gefahr für die Gesellschaft und öffentliche Gesundheit darstellen, gleichzeitig aber wurde wenig unternommen, um die Menschen in Armutssiedlungen mit sauberem Wasser und medizinischen Gütern zu versorgen.

Auch in Westeuropa waren Fahrende und Rom:nja mit Einschränkung der Bewegungsfreiheit konfrontiert. Insbesondere in Belgien, Frankreich, Irland und den Niederlanden gab es Probleme

⁷⁵ Siehe Stefan Lauer in Belltower News (12.Juni 2020): Die Legende von den Großfamilien am „Corona – Hotspot“, <https://www.belltower.news/antiziganismus-die-legende-von-den-grossfamilien-am-corona-hotspot-100321/>; Siehe Jungle.World (18. Juni 2020): Der Sündenbock im Hochhaus, <https://jungle.world/artikel/2020/25/der-suendenbock-im-hochhausblock>.

⁷⁶ Siehe Stefan Walfort in jungle.world (20.08.2020): Erst Quarantäne, dann Repression, <https://jungle.world/artikel/2020/34/erst-quarantaene-dann-repression>.

mit den Campsites, die weder ausreichend Platz zur Verfügung stellen, noch überall die notwendige Versorgung mit Wasser und Sanitäreinrichtungen bereitstellen konnten.⁷⁷

Bildung

In zahlreichen EU-Staaten liegen Roma-Kinder im Vergleich zur Durchschnittsbevölkerung in allen Bildungsindikatoren zurück.⁷⁸ Nur etwa über 50% der Roma-Kinder befindet sich in der verpflichtenden Vorschule oder im Kindergarten. Insgesamt sind Roma-Kinder überproportional unter Schulabbrecher:innen vertreten. Segregation im Bildungsbereich ist ein signifikantes Problem in Staaten wie Bulgarien, Griechenland, Ungarn und der Slowakei. Die Verurteilungen des Europäischen Menschenrechtsgerichtshofes⁷⁹ zur Diskriminierung von Roma-Kindern im Bildungsbereich blieben bisher von den Behörden unberücksichtigt und führten zu keiner Verbesserung.

Insgesamt besteht also im Bildungsbereich, trotz einiger Verbesserungen, ein signifikanter Unterschied zwischen Rom:nja und Nicht-Rom:nja, vor allem auch im weiterführenden Bildungsbereich. Zwischen 2011 und 2016 ist die steigende Beteiligung von Roma-Kindern in der Vorschulbildung eine positive Entwicklung, ebenso wie die steigende Anzahl der Roma-Schüler:innen, die nach der Sekundarstufe die Schulbildung fortsetzen. Demgegenüber aber steht als negativer Trend die weiterhin hohe Rate von Schulabbrecher:innen und der besorgniserregende Trend des Anstiegs von Segregation im Bildungsbereich zwischen 2011 und 2016, der von 10% auf 15% (!) anstieg. Ein erschreckendes Ergebnis insbesondere auch angesichts der Urteile des Europäischen Menschenrechtsgerichtshofes.

Während der Pandemie waren in ganz Europa Schulen von Schließungen betroffen und ein Großteil des Lernens musste durch die Schüler:innen selbst oder in enger Zusammenarbeit mit den Eltern geleistet werden. Dabei wurde nach Möglichkeit auf digitale Lernformate gesetzt, die auch eine Digitalisierung der Haushalte und Schulen bzw. digitale Fähigkeiten bei Schüler:innen, Lehrer:innen und Eltern voraussetzen. Viele der Rom:nja in marginalisierten Lebensumständen sind von Armut betroffen, und die Eltern häufig ohne höheren Schulabschluss oder qualifizierte Ausbildung. Sie können daher oft selbst keine adäquate schulische Unterstützung leisten. Abgesehen davon, dass armutsgefährdete Familien sich keinen Computer oder Laptop leisten können, verfügen die informellen/irregulären Siedlungen häufig nicht über die technische Infrastruktur (wie Elektrizität oder Internet-Anschluss; oft nur ein Mobiltelefon pro Familie), noch

⁷⁷ Siehe FRA Bulletin #5: Coronavirus Pandemic in the EU – Impact on Roma and Travellers, p. 12., https://fra.europa.eu/sites/default/files/fra_uploads/fra-2020-coronavirus-pandemic-eu-bulletin-roma_en.pdf.

⁷⁸ Die erhobenen Daten repräsentieren die Situation von Rom:nja in Bulgarien, Kroatien, der Tschechischen Republik, in Griechenland, Ungarn, Portugal, Rumänien, in der Slowakei und Spanien. Siehe FRA (2018): A persisting concern: anti-Gypsyism as a barrier to Roma inclusion, S. 11, <https://fra.europa.eu/en/publication/2018/persisting-concern-anti-gypsyism-barrier-roma-inclusion>.

⁷⁹ Siehe ECHR Factsheet Roma und Travellers, insbesondere die Entscheidung Diskriminierung in Bildungsbereich betreffend der Tschechischen Republik, Ungarn und Kroatien, https://www.echr.coe.int/Documents/FS_Roma_ENG.pdf.

bieten beengte Wohnräume ein adäquates Lernumfeld für Home-Schooling.⁸⁰ In einigen Ländern waren Schulen über Monate gesperrt und Roma-Kinder über Monate ohne schulische Betreuung. Hinzu kommt, dass auch die außerschulischen Programme (Lernbetreuung, Schulmediation etc.) nicht stattfinden konnten. Im Kosovo beispielsweise waren die über 100 Schulen, aber auch die über 80 außerschulischen Lernzentren⁸¹ nicht in Betrieb, in Rumänien, aber auch Ungarn waren Kinder ebenfalls monatelang nicht in den Schulen.⁸²

Nur wenige Länder konnten den Bildungsverlust kompensieren, um versäumten Schulstoff aufzuholen. Die Langzeitfolgen des Ausfallens der Schulbetreuung werden wohl erst in einigen Jahren ablesbar sein bzw. bedürfen rascher Implementierung von Kompensationsmaßnahmen, um den Bildungsrückstand schnell aufzuholen.

Laut einer Umfrage von ERGO in sieben EU-Mitgliedsstaaten und sechs Westbalkan-Ländern im August und September 2020⁸³ hatte ca. ein Drittel der Befragten kein Internet und Strom zu Hause und nur 26% der Interviewten hatte überhaupt einen Laptop oder Computer. 29% der Befragten haben das Schuljahr nicht erfolgreich abgeschlossen.⁸⁴ Obwohl bisher nicht belegt, dürfte es auch hier ein Stadt-Land-Gefälle geben bzw. ein Gefälle zwischen reicheren und ärmeren Regionen.

Arbeit

Nur einer von vier Rom:nja über 16 Jahren ist beschäftigt oder selbstständig. Romnja haben dabei eine noch viel niedrigere Beschäftigungsrate. Insgesamt waren laut Umfrage nur rund 34% der Rom:nja zwischen 20 und 64 Jahren beschäftigt, was unter dem EU-Durchschnitt lag (70% im Jahr 2015). Dabei ist auch die Arbeitssituation von jungen Rom:nja bedeutend schlechter; an die 63% der 16-24-jährigen ist ohne Arbeit (im Vergleich dazu lag die EUROSTAT-Rate für Personen, die nicht in Arbeit, Ausbildung und Schulung sind, bei der gleichen Altersgruppe bei 12%).

Viele Rom:nja in einer marginalisierten Lebenssituation konnten ihre Arbeit während der Pandemie nicht mehr weiter ausüben. Hinzu kommt, dass ein beträchtlicher Anteil den Lebensunterhalt mit Arbeit im informellen Sektor bestreitet und somit auch weder durch die wirtschaftlichen Hilfsprogramme noch durch Arbeitslosenunterstützung aufgefangen werden konnte. In manchen Fällen wirkte sich auch die verordnete Ausgangsbeschränkung und vollkommene Abriegelung ganzer Wohngebiete nachteilig auf die wirtschaftliche Situation aus. In

⁸⁰ Siehe auch: <https://ergonetwork.org/2020/10/impact-of-the-covid-19-pandemic-on-roma/>.

⁸¹ Stephan Müller, externer Berater, Zentralrat Deutscher Sinti und Roma, Interview, 1. Dezember 2020.

⁸² Für manche Kinder bedeutet dies auch das sie oft nicht die warme Mahlzeit erhalten, die für manche die einzige am Tag ist. Siehe das Caritas Projekt in Alba Iulia, <https://www.caritas-linz.at/hilfe-angebote/auslandshilfe/aktuelles/detailansicht-aktuelles/news/86382-corona-nothilfe-in-rumaenien-lebensmittelpakete-fuer-familien-mit-kindern/>.

⁸³ Über das ERGO-Netzwerk wurden in Belgien, Bulgarien, der Tschechischen Republik, Irland, Rumänien, Slowakei, und Ungarn sowie am westlichen Balkan in Albanien, Bosnien und Herzegowina, Nordmazedonien, Kosovo, Serbien und Türkei insgesamt 1352 Personen befragt (649 Männer, 700 Frauen, 3 Anderes Geschlecht).

⁸⁴ Siehe ERGO (Interne Präsentation, Annual Meeting 2020): Impact of Covid-19 on Roma communities in the EU and Western Balkan countries (unpublished document).

der Folge ist die Armut weiter angestiegen. Laut einer Studie des *Bulgarian Institute for Legal Initiatives* fiel das Durchschnittseinkommen von Rom:nja in den abgeriegelten Siedlungen und Wohngebieten zwischen dem 13. März und 13. Mai 2020 um 60%.⁸⁵

Zu bedenken ist außerdem, dass ein beträchtlicher Anteil von Rom:nja aus Mittel- und Osteuropa durch Arbeitsmigration in westeuropäische Länder seine Familien zu Hause unterstützt. Da der Lockdown in vielen Ländern auch dazu führte, dass EU-Migrant:innen ihre Arbeit zumindest vorläufig aufgeben mussten und in die Heimatorte zurückkehrten, fiel auch diese substantielle wirtschaftliche Unterstützung aus. Diese Rückkehrer:innen wiederum haben keinen Anspruch auf die nationalen Unterstützungsprogramme (z.B. Bulgarien, Rumänien, Slowakei).⁸⁶

Laut einer Umfrage der *Roma Entrepreneurship Development Initiative* im März 2020 in Nordmazedonien, Rumänien und Serbien bei 195 Roma-Unternehmern gaben 50% von ihnen an, dass sie nicht ihre Miete und Kredite zahlen können, wenn die Krise länger als zwei Wochen andauert, und 60% würden in den nächsten zwei Monaten Bankrott gehen, wenn es keine unmittelbare Unterstützung für Fixkosten gibt.⁸⁷

Inwieweit Rom:nja, die im Kunstsektor arbeiten, von den Folgen der Pandemie betroffen sind, ist weitgehend unerforscht. Angesichts des hohen Anstiegs von Arbeitslosigkeit in vielen Ländern dürften die bereits bestehenden schlechten Prognosen für die Integration am Arbeitsmarkt, insbesondere auch von Jugendlichen und Frauen, sich noch weiter verschärfen. Angesichts der Folgen der Pandemie ist zu erwarten, dass der Wettbewerb am Arbeitsmarkt größer sein wird, Rom:nja haben dabei aufgrund bestehender Diskriminierung am Arbeitsmarkt mehrere Hürden zu überwinden.

Es gibt bisher wenig Analysen, inwieweit Rom:nja von den Hilfsprogrammen unterstützt werden, und auch keine Berichte, inwieweit dies Auswirkungen auf die Arbeitsmarktlage von Rom:nja und Jugendliche hat.

Gesundheit

Die vorhandenen Daten im Gesundheitsbereich zeigen, dass 95% bis 98% der Rom:nja in Spanien, Portugal und der Slowakei eine nationale oder andere Gesundheitsversicherung haben. Im Gegensatz dazu sind in Bulgarien nur 45% der Rom:nja bzw. in Rumänien nur 54% der Rom:nja versichert.

⁸⁵ Siehe Amnesty International (2020): Policing the Pandemic, Human Rights Violations in the Enforcement of COVID-19 Measures in Europe, S.10,

<https://www.amnesty.org/download/Documents/EUR0125112020ENGLISH.PDF>.

⁸⁶ Siehe auch die Fallstudien im Bericht von ERGO: <https://ergonetwork.org/2020/10/impact-of-the-covid-19-pandemic-on-roma/>.

⁸⁷ OSI (2020): Roma in den COVID-19 Crises, an early warning from six EU Member States, S. 7.

<https://www.opensocietyfoundations.org/publications/roma-in-the-covid-19-crisis>.

Frauen sind dabei im Gesundheitsbereich vor besondere Herausforderungen gestellt, auch da sie aufgrund von Mutterschaft und Erziehung der Kinder andere Bedarfe haben. Laut Berichten von NGOs sind Romnja außerdem häufig Diskriminierung durch medizinisches Personal ausgesetzt.⁸⁸ Zudem bedarf es in einigen Ländern, abgesehen von einer Versicherung, auch Geld, um gute medizinische Versorgung zu erhalten.

Auf die Frage an Romani-Jugendliche in zwölf Ländern, ob sie einen Arzt aufsuchen, wenn sie einen benötigen, gaben 66% der Befragten an, dies nicht zu tun, da sie es sich nicht leisten können (im Vergleich waren es bei Nicht-Rom:nja 51%).⁸⁹

Gründe dafür sind die hohe Arbeitslosigkeit unter Romani-Jugendlichen, die sich negativ auf den Zugang zur Gesundheitsversorgung auswirkt, aber auch der Umstand, dass in einigen Ländern eine gute Gesundheitsversorgung privat bezahlt werden muss (Korruption im Gesundheitsbereich).

Es gibt einige Berichte, die vermuten lassen, dass Rom:nja in marginalisierten Lebensumständen in erhöhtem Ausmaß dem Risiko ausgesetzt sind, an COVID-19 zu erkranken.⁹⁰ Bisher aber gibt es keine Berichte, die dies mit Daten bestätigen. Allerdings sind viele Rom:nja in einer besonders vulnerablen Position. Insbesondere jene, die über keine Krankenversicherung verfügen und/oder in Armutssiedlungen leben, sind im Falle einer Infektion in einer besonders prekären Situation, da sie keinen Zugang zur medizinischen Versorgung und/oder durch die Lebensumstände keine Möglichkeit haben, sich von Erkrankten oder als Erkrankte zu isolieren, oder/und nicht in der Lage sind, Hygienestandards einzuhalten, z.B. da sie kein fließendes Wasser haben. Zudem haben viele nicht ausreichend Information bzw. Zugang zu Information in ihrer Muttersprache.

Laut NGO-Berichten waren auch viele von Rom:nja bewohnte Siedlungen im ersten Lockdown nicht ausreichend mit Desinfektionsmitteln und anderen medizinischen Gütern versorgt und hatten keine Möglichkeit, diese zu beschaffen. In vielen Regionen blieben die Gemeinden tatenlos und kümmerten sich nicht um eine adäquate Versorgung der Siedlungen. Vielerorts wurde eine Versorgung der Rom:nja-Bevölkerung ausschließlich von der Zivilgesellschaft organisiert, die medizinisches Material, u.a. Schutzmasken und Desinfektionsmittel, oder auch Lebensmittel bereitstellte und wichtige Informationsarbeit leistete. So waren in Bulgarien oder auch in der Slowakei Rom:nja-Gesundheits-Mediator:innen⁹¹ ausschlaggebend für die Information über die

⁸⁸ Siehe dazu auch verschiedene Interventionen und Berichte des ERRC,

[www.errc.org/search?country=&theme=9&area=&keyword=&search_submit=.](https://www.errc.org/search?country=&theme=9&area=&keyword=&search_submit=)

⁸⁹ Siehe OSZE ODIHR (Warschau, 2015): Activism, Participation and Security Among Roma and Sinti Youth, S. 36ff. <https://www.osce.org/odihr/187861>. Der Bericht beruht auf der Auswertung von Daten die im Rahmen des Regional Roma Survey im Jahre 2011 von UNDP, der Weltbank und der Europäischen Kommission in 12 Ländern erhoben wurde (Albanien, Bosnien und Herzegowina, Bulgarien, Kroatien, Tschechische Republik, Ungarn, der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien [heute Nordmazedonien], Moldawien, Montenegro, Rumänien, Serbien und der Slowakei).

⁹⁰ Open Society Roma Initiative Office : Roma in the COVID-19 Crisis, An early warning in six EU Member States, <https://www.opensocietyfoundations.org/publications/roma-in-the-covid-19-crisis>.

⁹¹ In der Slowakei, Rumänien, Bulgarien und einigen anderen Ländern wurde zur Vermittlung zwischen Institutionen und den Romani-Gemeinschaften Roma-Mediation:innen beschäftigt, die Rom:nja im Zugang zu Bildungs- und Gesundheitseinrichtungen unterstützen. Das Modell, das sehr unterschiedlich bewertet

Risiken von und den Schutz vor COVID-19 und hatten in vielen Orten eine zentrale Rolle in der Versorgung der Rom:nja inne.

Bisher gibt es weder Berichte noch Analysen, inwieweit Frauen in Gesundheitsfragen durch die Pandemie und ihre Folgen, insbesondere auch in den abgeriegelten Siedlungen in Bulgarien, Rumänien oder der Slowakei, besonders betroffen waren.

Viele Bereiche sind bisher noch unerforscht. So haben einige Länder einen Anstieg von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt während der Pandemie verzeichnet. Bisher gibt es kaum Berichte, wie sich dies auf Romnja oder insgesamt auf Frauen, die Mehrfachdiskriminierung ausgesetzt sind, auswirkte.

Rolle der Zivilgesellschaft

In vielen Bereichen war die Arbeit der Rom:nja- und Pro-Rom:nja-Zivilgesellschaft während der Pandemie eingeschränkt, gleichzeitig kam ihnen eine äußerst wichtige Rolle in der Information und auch Grundversorgung lokaler Rom:nja-Gemeinschaften zu. Insbesondere in der ersten Lockdown-Phase war vor allem die Zivilgesellschaft bemüht, Informationen an die Rom:nja-Bürger:innen zu übermitteln oder auch die wichtige Versorgung mit Desinfektionsmittel, Masken, mit notwendiger Medizin und Lebensmitteln zu leisten. Viele NGOs bemühten sich um aktiven Kontakt mit staatlichen Behörden, um die Grundversorgung sicher zu stellen. Wo vorhanden, konnte das Netzwerk von Rom:nja-Mediator:innen wichtige schulische, medizinische oder soziale Hilfestellung leisten. Diese positive Entwicklung muss aber auch zu denken geben, nämlich, dass hier die Zivilgesellschaft die Rolle staatlicher Verwaltung übernimmt und damit quasi staatliches Versagen und Diskriminierung kompensiert.

wird, hat sich in der Pandemie sehr bewährt. Durch den direkten Zugang konnten die Mediator:innen die Romnja über den Virus, die Folgen und die Maßnahmen zur Bekämpfung der Pandemie informieren. Siehe MDPI: How Well Do Health-Mediation Programs Address the Determinants of the Poor Health Status of Roma? A Longitudinal Case Study, <https://www.ncbi.nlm.nih.gov/pmc/articles/PMC5750987/pdf/ijerph-14-01569.pdf>.

Verwendete Literatur

Hintergrund: Roma im Kontext internationaler Menschenrechtsarbeit

Decade of Roma Inclusion, https://www.rcc.int/romaintegration2020/romadecade_p/17/decade-of-roma-inclusion-2005-2015

EC (2000): Council Directive 2000/43/EC of 29 June 2000 implementing the principle of equal treatment between persons irrespective of racial or ethnic origin, <https://eur-lex.europa.eu/legal-content/EN/TXT/?uri=CELEX%3A32000L0043>

EC (5. April 2011): An EU Framework for National Roma Integration Strategies up to 2020, https://ec.europa.eu/info/policies/justice-and-fundamental-rights/combating-discrimination/roma-eu/roma-equality-inclusion-and-participation-eu/roma-integration-strategies-2020_en

EC (July, 2018): Mid-Term Evaluation of the EU Framework for National Roma Integration Strategies up to 2020,

EU COUNCIL RECOMMENDATION of 9 December 2013 on effective Roma integration measures in the Member States, [https://eur-lex.europa.eu/legal-content/EN/TXT/PDF/?uri=CELEX:32013H1224\(01\)](https://eur-lex.europa.eu/legal-content/EN/TXT/PDF/?uri=CELEX:32013H1224(01))

OSCE (29 June, 1990): Document of the Copenhagen Meeting of the Human Dimension of the OSCE, <https://www.osce.org/files/f/documents/9/c/14304.pdf>

OSCE (27 November, 2003): Action Plan on Improving the Situation of Roma and Sinti in the OSCE Area, <https://www.osce.org/odihr/17554>

Fallstudie 1: Zur Wirksamkeit Internationaler Schutzmechanismen und Perspektiven für Roma in einer Konflikt- und Post-Konfliktsituation: Roma, Aschkali und Ägypter im Kosovo

ATB (6.10.2029): Abschiebung nach einem Aufenthalt von mehr als 20 Jahren, <https://www.aktionbleiberecht.de/?p=16656>

Balkan Sunflower (28, December, 2020): Report on the health situation of Kosovo Roma, Ashkali and Egyptian communities in municipalities of Fushe Kosove/kosovo Polje, Shtime/Shtimlje, Obiliq/Obilic, and Gracanica/Gracanice

Bundes Roma Verband: Gani Rama wurde in Priština zu Tode geprügelt, <https://www.bundesromaverband.de/gani-rama-wurde-in-pristina-zu-tode-gepruegelt/>

Civil Rights Defenders (November, 2017): The wall of Anti-gypsyism. Roma, Ashkali and Egyptians in Kosovo

ECMI (Dezember, 2012): Minority Communities in the 2011 Kosovo Census Results: Analysis and Recommendations, <https://www.ecmikosovo.org/uploads/3engA.pdf>

ECMI Kosovo (2013): Community Profile: Ashkali Community

ECMI Kosovo (2013): Community Profile: Egyptian Community

ECMI Kosovo (2013): Community Profile: Roma Community

Europäische Kommission (18. Juli 2018): Pressemitteilung Visaliberalisierung: Kommission bestätigt: Kosovo erfüllt alle Vorgaben, https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/IP_18_4562

Flüchtlingsrat Baden- Württemberg (12. März 2021): Nach 28 Jahren abgeschoben, fünf Monate später tot, <https://fluechtlingsrat-bw.de/abschiebung/nach-28-jahren-abgeschoben-fuenf-monate-spaeter-tot/?fbclid=IwAR3pd38kvqzBKWV1jpmhKAbwQoR5fU99ZqEQPstbj6OgFRFMW9mAvSjz14>

Hellquist, Kristina, Church of Sweden (2013): Report from a Study visit to Kosovo 2013, https://ccme.eu/wp-content/uploads/2018/12/2013-10-28-Report_study_visit_Kosovo.pdf

Karoly, Mirjam (2007-2009): Persönliche Notizen aus der Feldarbeit im Kosovo im Zeitraum von Juni 2007 – Juli 2009 (Ms., unpubliziert).

Human Rights Watch (24 Juni, 2009): „Kosovo: Act Now to Close Poisoned Camps. Crises Conditions for Roma Stuck in Lead-Tainted Side for a Decade, <https://www.hrw.org/news/2009/06/24/kosovo-act-now-close-poisoned-camps>

Human Rights Watch (7. September 2017): UN: Opfer von Bleivergiftung im Kosovo entschädigen Familien und Kinder bleiben krank und mittellos zurück, <https://www.hrw.org/de/news/2017/09/07/un-opfer-von-bleivergiftung-im-kosovo-entschaedigen#>

Müller, Stephan (2020): Roma inclusion in Balkans depends on Governments recognising antigypsyism, <https://balkaninsight.com/2020/07/08/roma-inclusion-in-balkans-depends-on-governments-recognising-antigypsyism/>

Müller, Stephan (2020): Covid-19 pandemic exposes Roma exclusion. EU-Western Balkans Summit should demonstrate political commitment, <https://zentralrat.sintiundroma.de/en/eu-western-balkan-summit-2020/>

Müller, Stephan, Fikrija Tair, Bashkim Ibishi, Dragan Gracanin (2020): Roma: Europe's neglected Coronavirus Victims, <https://balkaninsight.com/2020/04/01/roma-europes-neglected-coronavirus-victims/>

[Readmission Agreements and Repatriation Strategies | Romano Them Kosovo \(wordpress.com\)](#)

OSCE (2003): OSCE Action Plan on Improving the Situation of Roma and Sinti within the OSCE Area, <https://www.osce.org/odihr/17554>

OSCE ODIHR (2008): Implementation of the Action Plan on Improving the Situation of Roma and Sinti Within the OSCE Area, <https://www.osce.org/odihr/33500>

OSCE Mission to Kosovo (February, 2009): Lead contamination in Mitrovicë/Mitrovica affecting the Roma community

OSCE Mission to Kosovo (November, 2009): Implementation of the Strategy of Reintegration of Repatriated Persons in Kosovo's Municipalities, <https://www.osce.org/files/f/documents/8/d/40180.pdf>

OSCE Mission to Kosovo (2010): Communities Profiles, <https://www.osce.org/files/f/documents/3/d/75450.pdf>

OSCE ODIHR (Warsaw, 2015): Activism, Participation and Security among Roma and Sinti Youth. Conference Report, <https://www.osce.org/files/f/documents/f/8/187861.pdf>

OSCE Mission to Kosovo (2018): [Municipal Profiles](#), https://www.osce.org/files/Municipal%20Profiles_2018.pdf

OSCE Mission to Kosovo (2019): Assessing Voluntary Returns, <https://www.osce.org/mission-in-kosovo/440726>

OSCE Mission to Kosovo (20 January, 2020): Overview of Roma, Ashkali and Egyptian Communities in Kosovo, <https://www.osce.org/mission-in-kosovo/443587>

OSCE Mission to Kosovo (7, October 2020): Municipal Offices for Communities and Return (MOCRs) 2019 – Information Sheet, <https://www.osce.org/mission-in-kosovo/466323>

Sorge, Petra in Deutschlandfunk Kultur (21. Juni 2018): „Die haben meine Träume geraubt“, https://www.deutschlandfunkkultur.de/roma-rueckkehrer-auf-dem-balkan-die-haben-meine-traeume.979.de.html?dram:article_id=420690

UNHCR OSCE (August, 2001): Assessment of the Security Situation of Ethnic Minorities in Kosovo, <https://www.unhcr.org/3c625c8d4.pdf>

UNHCR (2009): UNHCR's Eligibility Guidelines for Assessing the International Protection Needs of Individuals from Kosovo, <https://www.refworld.org/pdfid/4af842462.pdf>

UNHCR (2011): Assessment of the Needs of Internally Displaced Persons in Serbia, https://www.praxis.org.rs/images/praxis_downloads/IDPneeds%20assessment%20final.pdf

ERGO Power Point Präsentation, Annual Meeting 2020: Impact of Covid-19 on Roma communities in the EU and Western Balkan countries (unpublished document)

ERRC (September, 2020): Roma Rights in the Time of Covid, <http://www.errc.org/reports--submissions/roma-rights-in-the-time-of-covid>

FRA (9 December, 2009): EU MIDIS – European Minority and Discrimination Survey, <https://fra.europa.eu/en/publication/2012/european-union-minorities-and-discrimination-survey-main-results-report>

FRA (29 November, 2016): EU MIDIS –Second European Minority and Discrimination Survey, Roma – Selected Findings, <https://fra.europa.eu/en/publication/2016/second-european-union-minorities-and-discrimination-survey-roma-selected-findings>

FRA (2018): A persisting concern: anti-Gypsyism as a barrier to Roma inclusion, <https://fra.europa.eu/en/publication/2018/persisting-concern-anti-gypsyism-barrier-roma-inclusion>

FRA Bulletin #5: Coronavirus Pandemic in the EU – Impact on Roma and Travellers, p. 12., https://fra.europa.eu/sites/default/files/fra_uploads/fra-2020-coronavirus-pandemic-eu-bulletin-roma_en.pdf

Gesellschaft für bedrohte Völker Schweiz (November, 2015): Gefangen im Teufelskreis – Zwangsmigration von Roma, Aschakli und Balkan-Ägypter aus dem Kosovo, S. 2, https://www.gfbv.ch/wp-content/uploads/kosovobericht_zusammenfassung_d-ch-1.pdf

Hackl, Thomas & Stephan Müller (2020): Without access to online teaching Roma children’s education has been put on hold by COVID, <https://www.euronews.com/2020/10/27/without-access-to-online-teaching-roma-children-s-education-has-been-put-on-hold-by-covid->

Müller, Stephan (2020): Covid-19 pandemic exposes Roma exclusion. EU-Western Balkans Summit should demonstrate political commitment, <https://zentralrat.sintiundroma.de/en/eu-western-balkan-summit-2020/>

OHCHR: Bulgaria, COVID-19 response: “Stop hate speech and racial discrimination against the Roma minority” , <https://www.ohchr.org/EN/NewsEvents/Pages/DisplayNews.aspx?NewsID=25881>

Open Society Roma Initiative Office : Roma in the COVID-19 Crisis, An early warning in six EU Member States, <https://www.opensocietyfoundations.org/publications/roma-in-the-covid-19-crisis>

OSCE ODIHR (Warsaw, 2015): Activism, Participation and Security Among Roma and Sinti Youth, S. 36ff. <https://www.osce.org/odihr/187861>.

OSCE ODIHR Hate Crime Database, <https://hatecrime.osce.org/taxonomy/term/229>

Roma Civil Monitor, <https://cps.ceu.edu/roma-civil-monitor>

Regional Cooperation Council/Open Society Foundations: Roma Integration Roadmap 2019 -2021 Kosovo*

Regional Cooperation Council/Open Society Foundations: Report on Policy Recommendations following the Public Dialogue Forum on Roma Integration and Public Policies, 21 November 2016

Regional Cooperation Council/Open Society Foundations: Roma Integration 2020 – Second National Platform on Roma Integration in Kosovo 17 October 2017, Pristina

UNMIK (2003) Manual for Sustainable Return,
https://reliefweb.int/sites/reliefweb.int/files/resources/A5C2DEEB4D4222C3C1256DDC0034CB9E-Refugees_UNMIK_January03.pdf

UNMIK (2006): Revised Manual for Sustainable Return

Wiener Zeitung (8. April, 2020) Roma in der Krise,
<https://www.wienerzeitung.at/nachrichten/politik/oesterreich/2056814-Roma-in-der-Krise.html>

Zentralrat Deutscher Sinti und Roma (2. April, 2020): „[Roma auf dem Westbalkan und in der Türkei sind durch die COVID-19 Pandemie ernsthaft bedroht](https://zentralrat.sintiundroma.de/roma-auf-dem-westbalkan-und-in-der-tuerkei-sind-durch-die-covid-19-pandemie-ernsthaft-bedroht/)“,
<https://zentralrat.sintiundroma.de/roma-auf-dem-westbalkan-und-in-der-tuerkei-sind-durch-die-covid-19-pandemie-ernsthaft-bedroht/>

Interviews

Stephan Müller, externer Berater, Zentralrat Deutscher Sinti und Roma, Interview, 1. Dezember 2020

Isabella Mihalache, Senior Advacy Officer, European Roma Grassroots Organisation, Interview, 8. Dezember 2020

Dora Husz, Non-discrimination and Roma coordination unit, Directorate General for Justice and Consumers, European Commission, Interview, 9. Dezember 2020

Isak Skenderi, Voice of Roma, Ashkali and Egyptians (VRAE) in Kosovo, Interview, 17. Februar 2021

Gefördert durch:



aufgrund eines Beschlusses
des Deutschen Bundestages